

Inhaltsverzeichnis

0.1	Angaben zur Baustelle.....	4
0.1.1	Lage der Baustelle	4
0.1.2	Besondere Belastungen.....	5
0.1.3	Vorhandene Anlagen.....	5
0.1.3.1	Bahnkörper.....	5
0.1.3.2	Tunnel.....	5
0.1.3.3	Bahnübergänge	5
0.1.3.4	Ingenieurbauwerke	6
0.1.3.5	Schallschutzwände (Lärmschutzanlagen).....	6
0.1.3.6	Oberbau.....	6
0.1.3.7	Hochbauten	7
0.1.3.8	Personenverkehrsanlagen.....	7
0.1.3.9	Straßen und Wege.....	7
0.1.3.10	Tiefbau.....	7
0.1.3.11	Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik.....	7
0.1.3.12	Anlagen der Telekommunikation	8
0.1.3.13	Elektrotechnische Anlagen für Bahnstrom.....	8
0.1.3.14	Elektrotechnische Anlagen für Licht- u. Kraftstrom	8
0.1.3.15	Maschinentechnische Anlagen.....	8
0.1.3.16	Kabel und Leitungen Dritter	8
0.1.3.17	Sonstige bauliche Anlagen und bauliche Anlagen Dritter	8
0.1.3.18	Sonstige Anlagen der Ausrüstung	8
0.1.4	Verkehrsverhältnisse	9
0.1.5	Freizuhaltende Flächen	10
0.1.6	Transportwege	10
0.1.7	bleibt frei	10
0.1.8	bleibt frei	10
0.1.9	Baugrund	10
0.1.10	Hydrologie	10
0.1.10.1	Wasserschutzgebiete, Heilquellenschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete sowie Hochwassergefahren und -risikogebiete.....	10
0.1.10.2	Anforderungen zum Schutz von Gewässern	11
0.1.10.3	Entwässerung	11
0.1.10.4	Wasserhaltung.....	11
0.1.10.5	Wasserrechtliche Erlaubnisse und Anzeigen.....	11
0.1.11	Besondere umweltrechtliche Vorschriften/Hinweise	12

0.1.12	Besondere Vorgaben für die Entsorgung	12
0.1.13	Schutzgebiete oder Schutzzeiten	12
0.1.14	Schutzmaßnahmen.....	12
0.1.15	bleibt frei	13
0.1.16	bleibt frei	13
0.1.17	Hindernisse.....	13
0.1.18	Kampfmittel.....	13
0.1.19	Baustellenverordnung	14
0.1.20	Auflagen Dritter	14
0.1.21	bleibt frei	14
0.1.22	Vorarbeiten des AG	14
0.1.23	Arbeiten anderer Unternehmer	14
0.1.24	Besondere Auflagen	15
0.2	Angaben zur Ausführung.....	16
0.2.1	Bauablauf.....	16
0.2.2	Erschwernisse	16
0.2.3	Vorgaben aus dem SiGe-Plan	17
0.2.4	bleibt frei	17
0.2.5	Kontaminierte Bereiche.....	17
0.2.6	Besondere Einrichtungen	17
0.2.7	Besondere Anforderungen an Gerüste	18
0.2.8	Mitbenutzung fremder Einrichtungen	18
0.2.9	Vorhaltung für andere Unternehmer	18
0.2.10	bleibt frei	19
0.2.11	bleibt frei	19
0.2.12	bleibt frei	19
0.2.13	Eignungs- und Gütenachweise	19
0.2.13.1	Eignungs- und Gütenachweise für zugelieferte mineralische Ersatzbaustoffe (MEB) und Bodenmaterial.....	19
0.2.13.2	bleibt frei	20
0.2.14	Umgang mit gewonnenen Stoffen	20
0.2.15	Abfallmanagement von Bau- und Abbruchabfällen	21
0.2.15.1	Allgemeine Pflichten und Leistungen des Auftragnehmers	21
0.2.15.2	Definition Abfallerzeuger und Abfallbesitzer	22
0.2.15.3	Betrieb von Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen für Abfälle	23
0.2.15.4	Leistungen des AN zur Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung.....	23
0.2.15.5	Systematik der zu vergebenden Entsorgungsleistungen für mineralische Bau- und Abbruchabfälle	24

0.2.15.6	Umgang mit Rückbau- und Abbruchabfällen	25
0.2.15.7	Umgang mit LST- und TK-Reststoffen sowie Schrott.....	26
0.2.15.8	Haufwerksbildung und Bereitstellung	26
0.2.15.9	Deklarationsanalytik.....	27
0.2.15.10	Elektronische Nachweisführung über die Entsorgung von Abfällen	28
0.2.15.10.1	Technische Voraussetzungen für das elektronische Abfall-Nachweis-Verfahren.	28
0.2.15.10.2	Vorab- und Verbleibskontrolle für gefährliche Abfälle	29
0.2.15.10.3	Vorab- und Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle	30
0.2.15.10.4	Anzeige- u. Dokumentationspflichten gemäß Ersatzbaustoffverordnung.....	31
0.2.15.11	Abrechnung von Entsorgungsleistungen.....	32
0.2.15.12	Beförderungserlaubnis / Transportgenehmigungen.....	32
0.2.16	bleibt frei	32
0.2.17	bleibt frei	32
0.2.18	Leistungen für andere Unternehmer	33
0.2.19	Zusammenwirken mit anderen Unternehmern	33
0.2.20	bleibt frei	33
0.2.21	bleibt frei	33
0.2.22	bleibt frei	33
0.2.23	DB-spezifische Angaben	34
0.2.24	Ergänzende Ausführungsbestimmungen	34
0.3	Einzelangaben bei Abweichungen von den ATV	35
0.4	Einzelangaben zu Nebenleistungen und Besonderen Leistungen	35
0.4.1	Nebenleistungen	35
0.4.2	Besondere Leistungen	35
0.5	Technische Bearbeitung	35
0.5.1	Ausführungsunterlagen	35
0.5.2	Vermessungstechnische Bestandsdokumentation	36
0.5.3	Bauwerksdokumentation	37
0.5.4	Bauzeitenplan.....	37
0.6	Baubeschreibung.....	38
0.6.1	Oberbau.....	38
0.6.2	Erläuterung zum Vertragstermin.....	39
0.6.3	Tiefbau.....	39
0.6.4	Kabeltiefbau	39
0.6.5	Erdung	40

0.1 Angaben zur Baustelle

0.1.1 Lage der Baustelle

Vergabelos 1 – BÜ Landmühle km 3,896:

Die Lage der Baustelle befindet sich auf der eingleisigen, elektrifizierten Strecke 5704 Landl (MLDL) – Rohrdorf (MRDO) und reicht ca. von km 3,4 über den Bahnübergang (BÜ) Landmühle in km 3,896 bis ca. km 4,6.

Von km 3,4 bis zum BÜ Landmühle km 3,896 ist die Baustelle vom den BÜ Landmühle km 3,896 gleisgebunden erreichbar. Ebenso besteht die Möglichkeit die Baustelle von km 3,4 bis zum BÜ in Landmühle in km 3,896 über die bahnrechte, asphaltierte, parallele ca. 5,0 m breite Straße „Bahnhofweg“ zu bedienen.

Vom BÜ Landmühle km 3,896 bis zum km 4,6 ist die Baustelle vom BÜ Landmühle km 3,896 gleisgebunden erreichbar. Ebenso besteht die Möglichkeit die Baustelle vom BÜ Ziegelberg km 4,548 zu erreichen.

Die DB-Strecke kreuzt im Bahn-km 3,896 innerorts die Hofmühlstraße (Gemeindestraße).

Eine schienengebundene Zufahrt zur Baustelle ist nur gemäß den Angaben im Abschnitt 0.2.1 möglich. Die straßenseitige Zufahrt zur Baustelle erfolgt über die Bundesautobahn 8 (A 8), Ausfahrt 103-Rohrdorf Richtung Rohrdorf/Neubeuern über die Rosenheimer Straße, Rohrdorfer Straße und Hofmühlstraße bis direkt zum BÜ Landmühle in km 3,896. Die Straße „Bahnhofweg“ verläuft über die abzweigende Hofmühlstraße. Die Rosenheimer Straße, Rohrdorfer Straße, Hofmühlstraße und die Straße „Bahnhofweg“ sind jeweils asphaltiert.

Die Fahrbahnbreite der Hofmühlstraße beträgt innerhalb des BÜ 5,24 m. Die Hofmühlstraße vom BÜ in Richtung Osten weist eine Breite der Fahrbahn von ca. 6,0 m auf. Westlich des BÜ beträgt die Fahrbahnbreite der asphaltierten Hofmühlstraße ca. 5,4 m. Parallel zur Fahrbahn verlaufende Geh- und Radwege sind nicht vorhanden.

Der Straßenbaulastträger, der die Bahnstrecke höhengleich kreuzenden Hofmühlstraße, ist die Gemeinde Stephanskirchen.

Aufgleisungsmöglichkeiten werden dem AN nicht zur Verfügung gestellt. Wenn der AN solche benötigt, ist es seine Sache sich diese zu erstellen, zu unterhalten, zu betreiben und vollständig rückzubauen. Die Aufwendungen hierfür sind einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

Das Gleis verläuft im Bereich des BÜ bogenförmig mit Überhöhung ($u = 100$ mm). Die Lage des Bahnkörpers zum benachbarten Gelände am BÜ ist als Gleichlage vorhanden. Auf der freien Strecke von km 3,4 bis zum BÜ Landmühle km 3,896 ist die Lage des Bahnkörpers zum benachbarten Gelände als leichte Dammlage vorhanden. Auf der freien Strecke vom BÜ Landmühle km 3,896 bis km 4,6 ist die Lage des Bahnkörpers zum benachbarten Gelände als Dammlage bis ca. 3 Meter vorhanden.

Vergabelos 2 – BÜ Innwerk km 6,210:

Die Lage der Baustelle befindet sich auf der eingleisigen, elektrifizierten Strecke 5704 Landl (MLDL) – Rohrdorf (MRDO) und reicht ca. von km 5,6 über den Bahnübergang (BÜ) Innwerk in km 6,210 bis ca. km 6,8.

Von km 5,6 bis zum BÜ Innwerk km 6,210 ist die Baustelle vom den BÜ Innwerk km 6,210 als auch vom BÜ Fa. Brummer in km 5,789 gleisgebunden erreichbar.

Vom BÜ Innwerk km 6,210 bis zum km 6,8 ist die Baustelle vom BÜ Innwerk km 6,210 gleisgebunden erreichbar. Ebenso besteht die Möglichkeit die Baustelle vom BÜ Erlenstraße km 6,808 zu erreichen.

Ebenso besteht die Möglichkeit die Baustelle BÜ Innwerk km 6,210 bis zum km 6,8 über die bahnlinke, asphaltierte, parallele ca. 7,0 m breite Rosenheimer Straße (km 6,5 bis km 6,6) zu bedienen.

Die DB-Strecke kreuzt im Bahn-km 6,210 außerorts die Ahornstraße (Gemeindestraße).

Eine schienengebundene Zufahrt zur Baustelle ist nur gemäß den Angaben im Abschnitt 0.2.1 möglich. Die straßenseitige Zufahrt zur Baustelle erfolgt über die Bundesautobahn 8 (A 8), Ausfahrt 103-Rohrdorf Richtung Rohrdorf/Neubeuern über die Rosenheimer Straße und Ahornstraße bis direkt zum BÜ Innwerk in km 6,210. Die Rosenheimer Straße und die Ahornstraße sind jeweils asphaltiert.

Die Fahrbahnbreite der Ahornstraße beträgt innerhalb des BÜ ca. 6,0 m. Die Ahornstraße vom BÜ in Richtung Osten weist eine Breite der Fahrbahn von ca. 6,0 m auf. Westlich des BÜ beträgt die Fahrbahnbreite der asphaltierten Ahornstraße ca. 5,8 m. Ein parallel zur Fahrbahn verlaufender asphaltierter Geh- und Radweg ist von II. zum I. Quadranten vorhanden.

Der Straßenbaulastträger (SBL), der die Bahnstrecke höhengleich kreuzenden Ahornstraße, ist die Gemeinde Rohrdorf.

Der SBL der Rosenheimer Straße ist das Landratsamt Rosenheim.

Aufgleisungsmöglichkeiten werden dem AN nicht zur Verfügung gestellt. Wenn der AN solche benötigt, ist es seine Sache sich diese zu erstellen, zu unterhalten, zu betreiben und vollständig rückzubauen. Die Aufwendungen hierfür sind einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

Das Gleis verläuft im Bereich des BÜ geradlinig ohne Überhöhung ($u = 0$ mm). Die Lage des Bahnkörpers zum benachbarten Gelände am BÜ ist als Gleichlage vorhanden. Auf der freien Strecke von km ausgenommen am BÜ Innwerk km 6,210 ist die Lage des Bahnkörpers zum benachbarten Gelände als leichte Dammlage vorhanden.

0.1.2 Besondere Belastungen

Keine besonderen Anmerkungen.

0.1.3 Vorhandene Anlagen

0.1.3.1 Bahnkörper

Keine besonderen Anmerkungen.

0.1.3.2 Tunnel

Entfällt

0.1.3.3 Bahnübergänge

Vergabelos 1 – BÜ Landmühle km 3,896:

Der BÜ Landmühle in Bahn-km 3,896 der Strecke 5704 ist aktuell ein technisch gesicherter BÜ der Bauart Lo1H/57-ÜS aus dem Jahre 1982.

BÜ Landmühle in Bahn-km 3,896:

- Kreuzungswinkel α : 32°
- BÜ-Belag: Elastomerkleinflächen-Innenplatten (velo STRAIL)
- Beleuchtung: eine explizite BÜ-Beleuchtung ist nicht vorhanden, lediglich eine straßenbegleitende Beleuchtung in Quadrant IV ist vorhanden

Der BÜ Hammererweg liegt im Bahn-km 3,679 und ist mittels einer Umlaufsperre gesichert.

Der BÜ Ziegelberg liegt im Bahn-km 4,548 und ist technisch gesichert (EBÜTvB-LzH/F-ÜS).

Vergabelos 2 – BÜ Innwerk km 6,210:

Der BÜ Innwerk in Bahn-km 6,210 der Strecke 5704 ist aktuell ein technisch gesicherter BÜ der Bauart Lo1H/57-ÜS aus dem Jahre 1960.

BÜ Innwerk in Bahn-km 6,210:

- Kreuzungswinkel α : 75°
- BÜ-Belag: Innen- und Außen-Plattenbeton
- Beleuchtung: eine explizite BÜ-Beleuchtung ist nicht vorhanden, lediglich eine geh- und radwegbegleitende Beleuchtung in Quadrant IV ist vorhanden

Der BÜ Fa. Brummer liegt im Bahn-km 5,789 und ist nicht technisch gesichert.

Der BÜ Erlenstraße liegt im Bahn-km 6,808 und ist nicht technisch gesichert.

0.1.3.4 Ingenieurbauwerke

Keine besonderen Anmerkungen.

0.1.3.5 Schallschutzwände (Lärmschutzanlagen)

Entfällt

0.1.3.6 Oberbau

Vergabelos 1 – BÜ Landmühle km 3,896:

Am BÜ Landmühle sind Elastomer-Kleinflächeninnenplatten velo STRAIL als Belag aufgebracht. Im BÜ-Bereich unter dem bestehenden BÜ-Belag sind B 90 Schwellen mit Befestigungssystem W 14 (Baujahr 2024; Durchführung durch das Oberbauprojekt im Jahre 2024) vorhanden. Zudem ist der Schienentyp S 54 E4 (bereits durchgeführt durch das Oberbauprojekt im Jahre 2024) verbaut. Das Gleis verläuft im Bereich des Bahnüberganges bogenförmig mit Überhöhung ($u = 100$ mm).

Vergabelos 2 – BÜ Innwerk km 6,210:

Am BÜ Innwerk sind Innen- und Außen-Plattenbeton als Belag aufgebracht. Im BÜ-Bereich unter dem bestehenden BÜ-Belag sind folgende Schwellen vorhanden:

- Km 6,101 bis km 6,189 Stahldoppelschwellen
- Km 6,189 bis km 6,214 Holzschwellen
- Km 6,214 bis km 6,218 Betonschwellen
- Km 6,218 bis km 6,226 Holzschwellen
- Km 6,226 bis km 6,424 Stahldoppelschwellen

Zudem ist der Schienentyp S 54 verbaut. Das Gleis verläuft im Bereich des Bahnüberganges geradlinig ohne Überhöhung ($u = 0$ mm).

0.1.3.7 Hochbauten

Vergabelos 1 – BÜ Landmühle km 3,896:

Beim BÜ Landmühle steht das vorh. rechteckige Betonschaltheus (BSH) in Quadrant II.

Vergabelos 2 – BÜ Innwerk km 6,210:

Beim BÜ Innwerk steht das vorh. achteckige Betonschaltheus (BSH) in Quadrant I.

0.1.3.8 Personenverkehrsanlagen

Entfällt

0.1.3.9 Straßen und Wege

siehe 0.1.1 und 0.1.3.3

0.1.3.10 Tiefbau

Vergabelos 1 – BÜ Landmühle km 3,896:

Im Bereich der Baustellen von Vergabelos 1 sind Kabelführungssysteme (u.a. Gleisquerungen, Kabeltrog) als auch Schächte einer Tiefenentwässerung gemäß Anlage 3.3.1 vorhanden.

Vergabelos 2 – BÜ Innwerk km 6,210:

Im Bereich der Baustellen von Vergabelos 2 sind keine Kabelführungssysteme vorhanden.

0.1.3.11 Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik

Die Lage der bestehenden LST-Anlagen der BÜ-Technik kann der Anlage 3.3.1 bzw. 3.3.2 entnommen werden. Die LST-Kabel zur Streckenverkabelung befinden sich in den Kabelführungssystemen gem. Abschnitt 0.1.3.10. Dort wo keine Kabelführungssysteme gem. Abschnitt 0.1.3.10 vorhanden sind, sind die LST-Kabel erdverlegt.

0.1.3.12 Anlagen der Telekommunikation

Die Lage der bestehenden Fernmeldeanlagen sind der Anlage 3.3.1 und 3.3.2 zu entnehmen.

0.1.3.13 Elektrotechnische Anlagen für Bahnstrom

Keine besonderen Anmerkungen.

0.1.3.14 Elektrotechnische Anlagen für Licht- u. Kraftstrom

Vergabelos 1 – BÜ Landmühle km 3,896:

Die Versorgung des BÜ mit elektrotechnischer Energie erfolgt gemäß Anlage 3.3.1 über die ZAS. Die ZAS wird über einen Netzanschluss durch DB Energie an das öffentliche Niederspannungsnetz der INNergie GmbH als zuständigem Verteilnetzbetreiber (VNB) versorgt.

Eine straßenbegleitende Beleuchtung ist vorhanden.

Die Lage der bestehenden elektrotechnischen Anlagen sind der Anlage 3.3.1 zu entnehmen.

Vergabelos 2 – BÜ Innwerk km 6,210:

Die Versorgung des BÜ mit elektrotechnischer Energie erfolgt gemäß Anlage 3.3.2 über die ZAS. Die ZAS wird über einen Netzanschluss durch DB Energie an das öffentliche Niederspannungsnetz der Bayernwerk Netz GmbH als zuständigem Verteilnetzbetreiber (VNB) versorgt.

Eine straßenbegleitende Beleuchtung ist im Quadrant IV vorhanden.

Die Lage der bestehenden elektrotechnischen Anlagen sind der Anlage 3.3.2 zu entnehmen.

0.1.3.15 Maschinentechnische Anlagen

Entfällt

0.1.3.16 Kabel und Leitungen Dritter

Die Lage der Kabel und Leitungen Dritter ist der Anlage 3.3.1 bzw. 3.3.2 zu entnehmen.

0.1.3.17 Sonstige bauliche Anlagen und bauliche Anlagen Dritter

Keine besonderen Anmerkungen.

0.1.3.18 Sonstige Anlagen der Ausrüstung

Entfällt

0.1.4 Verkehrsverhältnisse

Gleisgebunden:

Die Sperrpausen sind aus Anlage 3.15 zu entnehmen.

Die Strecke 5704 weist derzeit folgende betriebliche Daten auf:

- Lichtraumprofil GC
- Streckenklasse D4 22,5 t
- $V_{\max}$ gem. VzG = 50 km/h
- 7 Züge pro Tag von Landl (MLDL) nach Rohrdorf (MRDO)
- 6 Züge pro Tag von Rohrdorf (MRDO) nach Landl (MLDL)
- Bremswegabstand: 400 m

Straßengebunden:

Die Zufahrtsbeschränkungen können den Abschnitt 0.1.1 und 0.1.3 entnommen werden.

Vergabelos 1 – BÜ Landmühle km 3,896:

Die Hofmühlstraße am BÜ Landmühle in Bahn-km 3,896 weist derzeit folgende Daten auf:

- | | |
|--|--|
| • Klassifizierung der Straße: | Gemeindestraße |
| • Straßenart: | innerorts |
| • Mindestgeschwindigkeit v_{St} : | 10 km/h |
| • zulässige Höchstgeschwindigkeit v_{Stmax} : | 50 km/h |
| • Streckengeschwindigkeit v_E : | 50 km/h |
| • Verkehrsbelastung: | mäßiger Verkehr (> 100 bis zu ≤ 2.500
Fahrzeuge/ Tag; hier: 1.390 Fahrzeuge/ Tag
und 445 Fußgänger und Radfahrer/ Tag) |

Die Hofmühlstraße ist öffentlich gewidmet. Am BÜ herrscht derzeit eine Gegenverkehrsregelung (Verkehrszeichen (VZ) 208 und VZ308). Die Geschwindigkeit der Fahrzeuge ist für das Überqueren des BÜ auf 50km/h begrenzt.

Der BÜ wird aus östlicher und westlicher Hauptverkehrsrichtung auf der Hofmühlstraße straßenrechtsseitig jeweils mit dem VZ151 (Bahnübergang) angekündigt.

Der BÜ kann während der Bauarbeiten halbseitig gesperrt werden. Lediglich während der Fahrbahnaufweitung sowie der Teilerneuerung der Deckschicht des Straßenbaus ist eine Vollsperrung von max. 3 Wochen zulässig. Während der Vollsperrung ist eine Umleitungsstrecke für den Kfz-Verkehr über den BÜ Ziegelberg im Bahn-km 4,548 auszuweisen, und für den Fußgänger und Radfahrer-Verkehr über den BÜ Hammererweg im Bahn-km 3,679.

Der AG übernimmt keine Gewähr in Bezug auf die Verfügbarkeit und die Nutzungsmöglichkeit öffentlicher Verkehrswege und -flächen außerhalb des vertraglichen Leistungsbereiches, insbesondere in Bezug auf die Nutzung von Über- und Unterführungen für vom AN vorgesehene Schwerlastverkehre.

Vergabelos 2 – BÜ Innwerk km 6,210:

Die Ahornstraße am BÜ Innwerk in Bahn-km 6,210 weist derzeit folgende Daten auf:

- | | |
|--|----------------|
| • Klassifizierung der Straße: | Gemeindestraße |
| • Straßenart: | außerorts |
| • Mindestgeschwindigkeit v_{St} : | 10 km/h |

- | | |
|--|---|
| • zulässige Höchstgeschwindigkeit v_{Stmax} : | 70 km/h |
| • Streckengeschwindigkeit v_E : | 50 km/h |
| • Verkehrsbelastung: | mäßiger Verkehr (> 100 bis zu ≤ 2.500
Fahrzeuge/ Tag; hier: 741 Fahrzeuge/ Tag und
193 Fußgänger und Radfahrer/ Tag) |

Die Ahornstraße ist öffentlich gewidmet. Die Geschwindigkeit der Fahrzeuge ist für das Überqueren des BÜs auf 70 km/h begrenzt.

Der BÜ wird aus östlicher und westlicher Hauptverkehrsrichtung auf der Ahornstraße straßenrechtsseitig jeweils mit dem VZ151 (Bahnübergang) angekündigt.

Die Bauarbeiten können nur mit Teilspernung des BÜ und Aufstellung einer Bauampel mit mehrmaligem Umversetzen durchgeführt werden. Eine Vollsperrung des BÜ (für die Stopfarbeiten des Gleises) ist lediglich für ein Tag im Zeitraum der Gleisspernung möglich. Die Abstimmung hierzu erfolgt von der auszuführenden Baufirma mit der Gemeinde Rohrdorf und dem Innwerk. Hierfür ist eine Umleitungsstrecke für den Kfz-Verkehr sowie für den Fußgänger und Radfahrer-Verkehr über den BÜ Erlenstraße im Bahn-km 6,808 auszuweisen.

Der AG übernimmt keine Gewähr in Bezug auf die Verfügbarkeit und die Nutzungsmöglichkeit öffentlicher Verkehrswege und -flächen außerhalb des vertraglichen Leistungsbereiches, insbesondere in Bezug auf die Nutzung von Über- und Unterführungen für vom AN vorgesehene Schwerlastverkehre.

0.1.5 Freizuhaltende Flächen

Keine besonderen Anmerkungen.

0.1.6 Transportwege

Die Wahl der Transportwege obliegt dem AN.

0.1.7 bleibt frei

0.1.8 bleibt frei

0.1.9 Baugrund

Für die Maßnahme des BÜ Landmühle und des BÜ Innwerk wurde jeweils ein geotechnischer Bericht erstellt. Dieser ist unter der Anlage 3.5.1 bzw. 3.5.2 den Verdingungsunterlagen beigelegt.

0.1.10 Hydrologie

0.1.10.1 Wasserschutzgebiete, Heilquellenschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete sowie Hochwassergefahren und -risikogebiete

Keine besonderen Anmerkungen.

0.1.10.2 Anforderungen zum Schutz von Gewässern

Keine besonderen Anmerkungen.

0.1.10.3 Entwässerung

Keine besonderen Anmerkungen.

0.1.10.4 Wasserhaltung

Die Wasserhaltungen sind so zu betreiben, dass Verbrauch und Verlust des Grundwassers so gering wie technisch möglich sind. Nahegelegene Wassergewinnungsanlagen dürfen durch die Wasserhaltung nicht beeinträchtigt werden. Bei erforderlichen Grundwasserabsenkungen ist das entnommene Wasser vor Verunreinigungen zu schützen und, soweit wasserwirtschaftlich geboten, dem Grundwasserleiter wieder zuzuführen. Bei Einleitung in einen Gewässerkörper dürfen nachteilige Wirkungen auf die Gewässer nicht hervorgerufen werden. Für das Bauvorhaben geltende behördliche Vorgaben haben in jedem Fall Vorrang.

0.1.10.5 Wasserrechtliche Erlaubnisse und Anzeigen

Werden im Zuge der Bauausführung über die vertraglichen Vorgaben hinaus wasserrechtliche Erlaubnisse benötigt, so sind die hierzu erforderlichen Unterlagen durch den AN zu erbringen. Soweit der Bedarf und die Einholung von wasserrechtlichen Erlaubnissen, die über die vertraglichen Vorgaben hinausgehen, Folge von Festlegungen oder Maßnahmen des AN sind, trägt er die insoweit entstehenden Aufwendungen.

Die Antragsunterlagen sind in Abhängigkeit der jeweils zuständigen Genehmigungsbehörde (EBA/landesspezifische Behörde) sowie des zu beantragenden Gegenstandes rechtzeitig im Vorfeld der Bautätigkeiten einzureichen. Dabei ist zu beachten, dass die Vorlaufzeit bei der jeweils zuständigen Genehmigungsbehörde bis zu 12 Wochen betragen kann.

Die Anträge und Anzeigen sind im Namen und Auftrag der DB InfraGO AG zu stellen. Der AN hat für jeden einzelnen Sachverhalt im Vorfeld eine schriftliche Vollmacht beim AG zu beantragen und einzuholen. Für die Sachverhalte, die in den Zuständigkeitsbereich des Eisenbahn-Bundesamtes fallen ist zu beachten, dass bei planfestgestellten/plangenehmigten Maßnahmen der Sachbereich 1 des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA) zuständig ist, d.h. entsprechend erforderliche Genehmigungsunterlagen oder Anzeigen sind hier einzureichen. Für Maßnahmen außerhalb des Planrechts, die im Zusammenhang mit einer Eisenbahnbetriebsanlage stehen, ist der Sachbereich 6 des EBA zuständig. Ansonsten ist die landesspezifische Behörde zuständig.

Das Eisenbahn-Bundesamt stellt für das Einholen von Genehmigungen/Anzeigen bei Maßnahmen, welche nicht planfestgestellt/plangenehmigt sind, Merkblätter zur formalen und inhaltlichen Ausgestaltung zur Verfügung, diese sind entsprechend zu berücksichtigen. Im Falle des Einholens einer wasserrechtlichen Erlaubnis beim Eisenbahn-Bundesamt kann die Nutzung des e-Services auf der Internetseite des EBA verpflichtend sein. Entsprechendes ist im Vorfeld zu prüfen und die Voraussetzungen sind zu erfüllen.

Die entsprechenden Antrags- oder Anzeigeunterlagen sind unabhängig von der Zuständigkeit in jedem Fall im Vorfeld mit dem AG abzustimmen und eine Kopie der eingereichten Unterlagen zu übergeben.

0.1.11 Besondere umweltrechtliche Vorschriften/Hinweise

Keine besonderen Anmerkungen.

0.1.12 Besondere Vorgaben für die Entsorgung

Die Regelungen von Bau- und Abbruchabfällen im Bauvorhaben und der Umgang mit diesen wird unter Punkt 0.2.15 beschrieben.

0.1.13 Schutzgebiete oder Schutzzeiten

Vergabelos 1 – BÜ Landmühle km 3,896:

Schutzgebiete:

- Das Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Inntal Süd“ (LSG-00595.01) liegt in ca. 100 m Entfernung zum Kabelkanalneubau.
- Die geschützten Biotope „Leitenhang der Sims und kleinflächiges Altwasser S-Westerndorf“ (8138-0113) und „Gehölzsaum und Feuchtwald an der Sims S und SW Stephanskirchen“ (8139-0085) befinden sich angrenzend an den Kabelkanalneubau.

Schutzzeiten und Bauzeitenbeschränkungen:

- Aus den Maßnahmen im LBP geht die zeitliche Beschränkung von jeglichen Eingriffen in Gehölze auf den Zeitraum von Anfang Oktober bis Ende Februar hervor. Eingriffe in Gehölze außerhalb dieses Zeitraums sind nicht zulässig.

Vergabelos 2 – BÜ Innwerk km 6,210:

Schutzgebiete:

- Das Vorhaben liegt innerhalb des Landschaftsschutzgebiets (LSG) „Inntal Süd“ (LSG-00595.01).
- Das Vorhaben reicht bis an das geschützte Biotop „Feuchtwaldparzellen, Feuchtgebüsch, Hochstaudenfluren, Gehölzsaum und Naßwiese am Leitenhang der Rohrdorfer Achen von südlich Ziegelberg bis nördlich Thansau“ (8138-0112) heran.
- Das geschützte Biotop „Hecke, N-S verlaufend entlang Bahnlinie, N Thansau“ (8138-0119) liegt durch einen Weg getrennt ca. 3 m vom bahnbegleitenden Grünstreifen entfernt und das geschützte Biotop „Altwasser N-Thansau in Schneise für Hochspannungsleitung“ (8138-0118) liegt ca. 140 m vom bahnbegleitenden Grünstreifen entfernt.

Schutzzeiten und Bauzeitenbeschränkungen:

- Aus den Maßnahmen im LBP geht die zeitliche Beschränkung von jeglichen Eingriffen in Gehölze auf den Zeitraum von Anfang Oktober bis Ende Februar hervor. Eingriffe in Gehölze außerhalb dieses Zeitraums sind nicht zulässig.

0.1.14 Schutzmaßnahmen

Es ist eine umweltfachliche Bauüberwachung, welche vom AG beigestellt wird, vorgesehen. Diese kontrolliert die Einhaltung der Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen.

Landschaftspflegerische Begleitplanung (LBP):

Vergabelos 1 – BÜ Landmühle km 3,896:

Der AN hat die Maßnahmen 001_V und 002_VA aus dem LBP (Anlage 3.23.1.1), Bestands- und Konfliktplan (Anlage 3.23.1.2), Maßnahmenpläne (Anlage 3.23.1.3 und 3.23.1.4) und aus den Maßnahmenblättern (Anlage 3.23.1.5) herzustellen bzw. umzusetzen.

Alle Leistungen sind einzukalkulieren, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

Vergabelos 2 – BÜ Innwerk km 6,210:

Der AN hat die Maßnahmen 002_V, 003_VA, 004_VA und 008_V aus dem LBP (Anlage 3.23.2.1), Bestands- und Konfliktplan (Anlage 3.23.2.2), Maßnahmenpläne (Anlage 3.23.2.3 und 3.23.2.4) und aus den Maßnahmenblättern (Anlage 3.23.2.5) herzustellen bzw. umzusetzen.

Alle Leistungen sind einzukalkulieren, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

Lärmschutz

Die Ausführung der Vertragsleistung muss teilweise am Wochenende bzw. in Nachtstunden erfolgen. Genehmigungen von Behörden liegen in diesem Zusammenhang noch nicht vor (z.B. Nacht-/Sonntags- oder Feiertagsarbeit). Zur Beantragung sind Angaben erforderlich, die vom AN im Rahmen der übertragenen Planungs- bzw. Ausführungsleistungen nach Maßgabe der vertraglichen Vorgaben zu erarbeiten und inhaltlich von ihm zu konkretisieren sind (z. B. Wahl der eingesetzten Maschinen).

Für Arbeiten in geschützten Zeiten sind nach geltendem Landesrecht Ausnahmegenehmigungen, Anzeigen etc. erforderlich. Der AN hat unter Beachtung des geplanten Bauablaufes, der anzuwendenden Bauverfahren und des geplanten Maschineneinsatzes, mindestens 8 Wochen vorher, bei den zuständigen Stellen erforderliche Ausnahmen zu beantragen und die rechtzeitige Erlangung der notwendigen Genehmigungen zu verfolgen bzw. die relevanten Bauarbeiten anzuzeigen.

0.1.15 bleibt frei

0.1.16 bleibt frei

0.1.17 Hindernisse

Hindernisse stellen die unter 0.1.3 beschriebenen vorhandenen Anlagen dar.

0.1.18 Kampfmittel

Im Vorfeld der bodeneingreifenden Maßnahmen wurde für den Bereich der Baustelle ein Kampfmittelverdacht festgestellt.

Aufgrund dieses Verdachtes erfolgen die kampfmitteltechnischen Arbeiten

- baubegleitend durch den AN_{KaMiSo} in der Weise durchgeführt, dass die Maßnahmen des AN_{KaMiSo} zur Kampfmittelerkundung/-räumung unmittelbar in den technologischen Ablauf der auszuführenden Maßnahmen von vornherein integriert wird und der AN und der AN_{KaMiSo} gemäß den baufachlich geltenden Richtlinien Kampfmittelräumung kontinuierlich zusammenwirken. Das fachtechnische Aufsichtspersonal, das die baubegleitenden Arbeiten überwacht, wird durch den AN_{KaMiSo} gestellt.

In Bezug auf sich während des Bauablaufes ergebende Schnittstellen sind im Übrigen die Regelungen zum Zusammenwirken der Unternehmer gem. Ziff. 0.2.19 zu beachten.

0.1.19 Baustellenverordnung

Keine besonderen Anmerkungen.

0.1.20 Auflagen Dritter

Vergabelos 1 – BÜ Landmühle km 3,896:

Die Ausschreibung beinhaltet die Vorarbeit von jeweils einer Montagegrube (ca. 1,2 m x 1,2 m x 0,8 m) für das Muffen der Kabel und beim neuen Leuchtenstandort. Zwischen den Gruben ist ein Leerrohrgraben (ca. 0,3 m breit und 0,8 m tief) herzustellen. Diese Vorarbeiten sind für die Stadtwerke Rosenheim GmbH & Co. KG umzusetzen.

Anbindung der unterirdischen Straßenentwässerung (Abflüsse) aufgrund der Fahrbahnaufweitung an die neuen Abflüsse (Ansprechpartner: Gemeinde Stephanskirchen). Hier sind Suchschachtungen vor Ort, um den tatsächlichen Leitungsverlauf festzustellen, herzustellen.

Vergabelos 2 – BÜ Innwerk km 6,210:

Anbindung der unterirdischen Straßenentwässerung (Abflüsse und Sickerschächte) aufgrund der Fahrbahnaufweitung an die neuen Abflüsse (Ansprechpartner: Bauhof Gemeinde Rohrdorf). Hier sind Suchschachtungen vor Ort, um den tatsächlichen Leitungsverlauf festzustellen, herzustellen.

0.1.21 bleibt frei

0.1.22 Vorarbeiten des AG

Keine besonderen Anmerkungen.

0.1.23 Arbeiten anderer Unternehmer

Folgende andere Unternehmer sind zeitgleich im Bereich der Baustelle tätig:

- AN_{BÜSA},
- AN_{Begleitarbeiten LST (RV-Abfrage)},
- AN_{VNB},
- AN_{SiCH},
- AN_{SiGeKo},
- AN_{Straßenbeleuchtung},
- AN_{KaMiSo},
- AN_{Deklarationsanalyse},

- AN_{umweltfachliche BÜW,}
- AN_{Umwelt,}
- AN_{Entsorgung AG-}

Vergabelos 1 – BÜ Landmühle km 3,896:

Der AN_{Umwelt} führt folgende Leistungen gemäß LPB (Anlage 3.23.1.1), Bestands- und Konfliktplan (Anlage 3.23.1.2), Maßnahmenpläne (Anlage 3.23.1.3 & .4) und Maßnahmenblätter (Anlage 3.23.1.5) aus:

- Maßnahme 003_VA
- Maßnahme 004_A

Vergabelos 2 – BÜ Innwerk km 6,210:

Der AN_{Umwelt} führt folgende Leistungen gemäß LPB (Anlage 3.23.2.1), Bestands- und Konfliktplan (Anlage 3.23.2.2), Maßnahmenpläne (Anlage 3.23.2.3 & .4) und Maßnahmenblätter (Anlage 3.23.2.5) aus:

- Maßnahme 001_V
- Maßnahme 005_VA
- Maßnahme 006_A
- Maßnahme 007_V

0.1.24 Besondere Auflagen

Soweit in der Leistungsbeschreibung auf Technische Spezifikationen, z.B. nationale Normen, mit denen Europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Zulassungen, gemeinsame technische Spezifikationen, Internationale Normen, Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: „oder gleichwertig“ immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

0.2 Angaben zur Ausführung

0.2.1 Bauablauf

Der geplante Bauablauf ist dem Rahmenterminplan des AG gem. Anlage 3.1 zu entnehmen.

Für die Durchführung von Arbeiten im Gefahrenbereich der Betriebsgleise sind Sperrpausen erforderlich. Die angemeldeten Sperrzeiten für die Baumaßnahmen sind in der Anlage 3.15 ggf. einschließlich Bauphasenkonzept aufgelistet.

Veränderungen der angemeldeten Sperrpausen sind nicht zulässig. Ein eventueller Bedarf von zusätzlichen Sperrpausen kann nur in Ausnahmefällen mit einem Vorlauf von mindestens 33 Wochen angemeldet werden. Ein Anspruch des AN auf Gewährung zusätzlicher Sperrpausen besteht nicht.

Ist bei den Bauarbeiten der Eisenbahnbetrieb gefährdet oder behindert, muss das betroffene Gleis bzw. der Arbeitsraum durch den Auftraggeber gesperrt oder entsprechend gesichert werden.

Für diese Bauarbeiten sind zwingend Betriebs- und Bauanweisungen (Betren) erforderlich. Der jeweilige Betra-Antrag wird unter Angabe der Örtlichkeit und der geplanten Maßnahme durch die örtliche BÜW gestellt. Der AN hat jeweils alle notwendigen Angaben rechtzeitig (mindestens 10 Wochen vorher) zu liefern und bei der Antragstellung mitzuwirken. Eine gesonderte Vergütung hierfür erfolgt nicht, die Aufwendungen sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Betrieblich bedingte Änderungen von Sperrpausen sind möglich (z.B. Verspätungen, Bedarfszüge etc.). Der AN kann hieraus keine Mehrkosten ableiten.

0.2.2 Erschwernisse

- Das Bauvorhaben muss unter Aufrechterhaltung und ohne Gefährdung des Eisenbahnbetriebes durchgeführt werden. Während der Bauarbeiten ist stets der Regellichtraum bzw. der Gefahrenraum für Bahnfahrzeuge freizuhalten und es sind die nach den konkreten Umständen der Ausführung einschlägigen Vorgaben der technischen Regelwerke durchgehend zu befolgen. Arbeiten im Lichtraumprofil sind stets nur im gesperrten Gleis möglich.
- Bei einem Einsatz von mobilen und stationären Baukränen, Betonpumpen, Hubsteigern und ähnlichem an bzw. in der Nähe von Anlagen der Infrastrukturbetreiber ist eine Krananweisung gemäß Anlage 3.18 abzuschließen. Gilt nicht für Schienenkrane. Diese Krananweisung, insbesondere die Anlage 5.1 zu dieser, enthält Auflagen bzw. Einschränkungen im Betrieb, die zu beachten sind.
Krananweisungen sind jeweils min. 4 Wochen vor der geplanten Aufstellung des zu beantragenden Gerätes dem AG zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen.
- Zum Beginn und zum Ende jeder Sperrpause stehen jeweils 0,5 Stunden für zeitparallele Begleitarbeiten des AG bzw. für das Aus- und Einschalten der Oberleitung und Freigabe des Gleises nicht für die Ausführung von Leistungen durch den AN zur Verfügung, die nutzbare Sperrzeit für den AN reduziert sich hiermit entsprechend.
- Alle Baufahrzeuge und Baumaschinen müssen mit Tropf- und Spritzsicherung ausgestattet sein. Es sind umweltverträgliche Öle und Schmierstoffe zu verwenden.

- Die Ausführung der Mengen einzelner Leistungspositionen erfolgt ggf. jeweils in zeitlich und räumlich getrennten Abschnitten.
- Die Zufahrten zur Baustelle werden zeitweise auch durch die unter 0.1.23 genannten Unternehmer genutzt.
- Der AN hat den unter 0.1.23 aufgelisteten Unternehmern, wie unter 0.2.9 beschrieben, zeitlich befristet im beschriebenen Umfang BE- und Bereitstellungsfläche (zusammenhängend) zur Verfügung zu stellen.

Die Aufwendungen für die vorgenannten Erschwernisse sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

0.2.3 Vorgaben aus dem SiGe-Plan

Keine besonderen Anmerkungen, es gelten die Festlegungen der Ausschreibung im Übrigen.

0.2.4 bleibt frei

0.2.5 Kontaminierte Bereiche

Sollten im Rahmen der Bautätigkeit Arbeiten in kontaminierten Bereichen bzw. Bauwerken/ Anlagen erforderlich oder deren Rückbau notwendig werden, sind das einschlägige berufsgenossenschaftliche Regelwerk (u. a. DGUV Regel 101-004 Regelungen für Arbeiten in kontaminierten Bereichen), die Anforderungen der Baustellenverordnung und die Rechtsvorschriften des Bundeslandes Bayern zu befolgen.

0.2.6 Besondere Einrichtungen

Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen:

Die Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen sind vom AN durch einen umlaufenden Bauzaun wirksam gegen unbefugte Zutritte, Nutzungen o.ä. durch Dritte zu sichern, insbesondere außerhalb der Betriebs- und Arbeitszeiten entsprechend abzusperren.

Aufwendungen zum Errichten, Vorhalten, Betreiben, Unterhalten, ggf. Umsetzen und Rückbauen des Bauzaunes und der notwendigen Sicherungseinrichtungen sind einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

Vergabelos 1 – BÜ Landmühle km 3,896:

Die Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsfläche mit 111 m² liegt auf einem unbefestigten Parkplatz (Schottertragschicht) und ist im Besitz der Gemeinde Stephanskirchen (Flurstück 2928/75). Die Zufahrt erfolgt aus östlicher oder westlicher Richtung über die Hofmühlstraße. Die genaue Lage der Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsfläche ist der Anlage 3.3.1 zu entnehmen.

Vergabelos 2 – BÜ Innwerk km 6,210:

Die Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsfläche mit 500 m² liegt auf einer unbefestigten Ackerfläche. Diese befindet sich im Besitz der Gemeinde Rohrdorf (27 m² vom Flurstück 1520/3) und eines Privaten (473 m² vom Flurstück 1493/10). Die Zufahrt erfolgt aus östlicher oder westlicher Richtung über die Ahornstraße. Die genaue Lage der Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsfläche ist der Anlage 3.3.2 zu entnehmen.

Bereitstellung Absetzmulden durch AN:

Durch den AN sind abschließbare Absetzmulde(n) (Volumen jeweils ca. 7 m³) zur Sammlung von metallischen Wertstoffen auf der Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsfläche des AN zur Verfügung zu stellen, siehe entsprechende Leistungsposition.

Der AN hat alle metallischen Wertstoffe in den bereitgestellten Absetzmulden sortenrein zu sammeln. Hierfür sind die Ausbaustoffe dementsprechend zu zerkleinern. Die Aufwendungen hierfür sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Übernahme der ausgebauten Wertstoff-Materialien sowie Übergabe der einzubauenden Stoffe des AG:

Die Übernahme der ausgebauten Wertstoff-Materialien durch den AG oder einen vom ihm beauftragten Dritten, sowie die Übergabe der einzubauenden Stoffe des AG oder einem von ihm beauftragten Dritten erfolgt an der Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsfläche des AN (Übergabestelle).

0.2.7 Besondere Anforderungen an Gerüste

Keine besonderen Anmerkungen.

0.2.8 Mitbenutzung fremder Einrichtungen

Keine besonderen Anmerkungen.

0.2.9 Vorhaltung für andere Unternehmer

Vergabelos 2 – BÜ Innwerk km 6,210:

Der BÜW des AG ist eine Fläche von min. 20 m² der unentgeltlich zur Verfügung gestellten Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsfläche für deren eigene Zwecke (insb. Container, Parkplätze) zur Verfügung zu stellen. Die Fläche muss zusammenhängend und mit LKW erreichbar sein.

Die Fläche ist während der gesamten Leistungserbringungszeit des AN auf der Baustelle zur Verfügung zu stellen.

Vergabelos 1 – BÜ Landmühle km 3,896 & Vergabelos 2 – BÜ Innwerk km 6,210:

Dem AN_{BÜSA} ist eine Fläche von ca. 100 m² der unentgeltlich zur Verfügung gestellten Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsfläche für deren eigene Zwecke (insb. Container, Parkplätze) zur Verfügung zu stellen. Die Fläche muss zusammenhängend und mit LKW erreichbar sein.

Die vorbenannten Flächen sind während der gesamten Leistungserbringungszeit des AN auf der Baustelle zur Verfügung zu stellen.

0.2.10 bleibt frei

0.2.11 bleibt frei

0.2.12 bleibt frei

0.2.13 Eignungs- und Gütenachweise

0.2.13.1 Eignungs- und Gütenachweise für zugelieferte mineralische Ersatzbaustoffe (MEB) und Bodenmaterial

Der AN wird auf das Inkrafttreten der sog. Mantel-Verordnung mit ihren wesentlichen Bestandteilen Ersatzbaustoffverordnung (EBV) und einer erheblich geänderten Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) zum 01.08.2023 hingewiesen. Bei der Umsetzung ist, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, folgendes zu beachten:

Die EBV regelt die Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen (MEB) in technische Bauwerke und ersetzt die bislang geltenden Vorgaben der LAGA - Merkblätter bzw. spezielleren landesrechtlichen Regelungen. Bodenmaterial, welches in oder unterhalb eines technischen Bauwerkes eingebaut werden soll, ist als MEB zu betrachten und unterliegt ebenfalls der EBV.

Die geänderte BBodSchV regelt den Einbau von Boden in, außer- oder unterhalb einer durchwurzelbaren Bodenschicht oder in bodenähnlichen Anwendungen außerhalb von technischen Bauwerken.

Daher ist die Umweltverträglichkeit für zugelieferte mineralische Ersatzbaustoffe auf Basis der Materialklassen der EBV und für zugeliefertes Bodenmaterial in bodenähnlichen Anwendungen auf Basis der Vorsorgewerte der BBodSchV nachzuweisen.

Der AN hat 8 Wochen vor einem geplanten Einbau von Bodenmaterial in das Bauvorhaben oder von MEB in technische Bauwerke des Bauvorhabens die schriftliche Zustimmung des AG dazu einzuholen. Dem Antrag sind die Nachweise der Umweltverträglichkeit und der bodenphysikalischen Eignung des MEB beizufügen, bei einem Einbau in technische Bauwerke ist zusätzlich die technische Bauweise gemäß Anlage 2 + 3 EBV anzugeben.

Die DB AG und die mit ihr verbundenen Unternehmen untersagen für ihre Bauvorhaben, Grundstücke und Anlagen generell den Einbau der in § 20 Abs. 1 EBV aufgeführten mineralischen Ersatzbaustoffe u.a. Kuppel- und Hochofenschlacke, Hüttensand, Flug- und Kesselasche und Gießereirestsand.

Der zum Einbau vorgesehene zugelieferte Bodenaushub ist vom AN fachgerecht und getrennt nach Bodenarten zwischenzulagern, so dass sich die bodenphysikalischen Eigenschaften und die Bodenfunktionen nicht verschlechtern.

Die Umweltverträglichkeit der MEB ist durch eine repräsentative chemische Analytik eines akkreditierten Labors nachzuweisen. Der AN hat für zugelieferte MEB auch die notwendigen bodenphysikalischen Untersuchungen, z.B. Verdichtungsfähigkeit, Verformungsmodul und Wasserdurchlässigkeit, durchzuführen. Der AG behält sich vor, bei fehlender Akkreditierung des Probennehmers bzw. des Labors eine bodenphysikalische Beurteilung durch ein akkreditiertes Labor abzufordern.

Für den Nachweis der Umweltverträglichkeit von Neuschotter oder Recyclingschotter sowie PSS / FSS gelten neben der EBV die Anforderungen des DB- Regelwerks.

Der AN hat die laufende Übereinstimmung des eingebauten Materials mit den vorgelegten Nachweisen zu gewährleisten, der AG behält sich stichprobenartige Kontrolluntersuchungen vor. Bei Nichteignung ist das Material vom AN ordnungsgemäß und für den AG kostenfrei zu entsorgen.

Bezüglich der Einbaudokumentation und der Vor- und Abschlussanzeigen gem. EBV siehe Ziff. 0.2.15.10.4.

Die Erstellung der Einbaudokumentation und ggf. der Anzeigen erfolgt grundsätzlich erst nach AG seitiger Freigabe des vom AN beantragten MEB-Einbaus.

Die Übermittlung einer Vor- und Abschlussanzeige an die zuständigen Behörden ist erforderlich, wenn ein geplanter Einbau von MEB (inkl. Bodenmaterial) die nachfolgenden Kriterien erfüllt:

1. Es soll Bodenmaterial mindestens BM-F0*, Baggergut mind. BG-F0*, aufbereiteter Gleisschotter mind. GS-1 oder aufbereitete RC-Baustoffe mind. RC-1 oder jeweils höherer Materialklassen in Wasser- oder Heilquellenschutzgebiete der Zone III oder höher eingebaut werden oder
2. Es soll Bodenmaterial, Baggergut oder RC-Baustoffe der Klasse 3 (BM-F3, BG-F3 oder RC-3) mit einer geplanten Einbaumenge $\geq 250 \text{ m}^3$ eingebaut werden.

Nach dem Ende des Einbaus ist für die o.g. Materialien im System ZEDAL eine Abschlussanzeige zu erstellen.

0.2.13.2 bleibt frei

0.2.14 Umgang mit gewonnenen Stoffen

Das im Rahmen der Baumaßnahme auszuhebende Bodenmaterial ist selektiv abzutragen, um eine Vermischung unterschiedlichen Bodenmaterials zu vermeiden.

Der zum Wiedereinbau im Bauvorhaben (am Herkunftsort) vorgesehene Bodenaushub ist fachgerecht und getrennt nach Bodenarten zwischenzulagern, so dass sich die bodenphysikalischen Eigenschaften und die Bodenfunktionen nicht verschlechtern.

Der zum Wiedereinbau vorgesehene Bodenaushub unterliegt nicht dem Abfallrecht und bedarf gemäß der Bundesbodenschutzverordnung keiner chemischen Untersuchung, soweit nach Art, Menge, Schadstoffgehalten und physikalischen Eigenschaften des Materials sowie den Schadstoffgehalten am Einbringungsort das Entstehen einer schädlichen Bodenverunreinigung nicht zu besorgen ist. Der AN hat mit dem AG abzustimmen, ob und in welcher Frequenz für dieses Material dennoch chemische Untersuchungen durchzuführen sind. Die notwendigen bodenphysikalischen Untersuchungen für das wiedereinzubauende Material, sind in jedem Fall vom Auftragnehmer zu erbringen.

Der AG behält sich vor, bei fehlender Akkreditierung des Probennehmers / Labors eine bodenphysikalische Beurteilung durch ein akkreditiertes Labor abzufordern.

Der AN hat 14 Kalendertage vor dem geplanten Wiedereinbau von Bodenaushub die Zustimmung des AG einzuholen, dabei sind erforderlichen Nachweise der bodenphysikalischen und ggf. chemischen Eignung beizulegen.

Der Wiedereinbau ist mit dem Vordruck M.01.02.15.03 Anlage 10 „Einbaudokumentation Boden und Ersatzbaustoffe“ zu dokumentieren. Die Dokumentation ist um die jeweiligen Analyseberichte zu ergänzen und unverzüglich der BÜW zu übergeben.

Sofern der AN mit der Entsorgung von Bodenaushub und mineralischen Restbaustoffen des Bauvorhabens beauftragt ist, hat er den nicht im Bauvorhaben wieder einbaubaren Bodenaushub vorzugsweise in bodenähnlichen Anwendungen außerhalb des Bauvorhabens zu verwerten, ist dies nicht möglich, ist der Bodenaushub anderweitig ordnungsgemäß und schadlos zu verwerten oder gemeinwohlverträglich zu beseitigen.

Plant der AN die Verbringung von Bodenaushub in andere Bauvorhaben oder von MEB in technische Bauwerke anderer Bauvorhaben, hat er dafür die schriftliche Zustimmung des AG einzuholen, parallel sind die entsprechende Einbaugenehmigung der zuständigen Behörde und die schriftliche Zustimmung des betroffenen Dritten vorzulegen.

Bezüglich der Einbaudokumentation und den Vor- und Abschlussanzeigen gem. EBV siehe Ziff. 0.2.15.10.4.

Die Erstellung der Einbaudokumentation und ggf. der Anzeigen erfolgt grundsätzlich erst nach AG seitiger Freigabe des vom AN beantragten MEB-Einbaus.

Alle Aufwendungen für die vorgenannten Sachverhalte sind einzukalkulieren, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

0.2.15 Abfallmanagement von Bau- und Abbruchabfällen

0.2.15.1 Allgemeine Pflichten und Leistungen des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer richtet seine Leistung darauf aus, den Anfall von Bau- und Abbruchabfällen im Bauvorhaben zu minimieren, indem er z.B. durch selektiven Bodenabtrag und einen separierenden Rückbau gewährleistet, dass die im Bauvorhaben anfallenden Materialien und Abfälle sortenrein gewonnen und getrennt bereitgestellt werden.

Der AN hat bei seinen Ausführungsunterlagen (z.B. Massenkonzent) und Baudurchführung, soweit rechtlich zulässig und wirtschaftlich vorteilhaft, die vorrangige Wiederverwendung von Boden und ggf. weiteren Stoffen im Bauvorhaben anstelle von Ausbau und Entsorgung umzusetzen.

Nach Zuschlagserteilung hat der AN entsprechend frühzeitig mit den erforderlichen bodenphysikalischen Untersuchungen, soweit möglich unter Verwendung von Rückstellproben des AG, zu beginnen, um die Möglichkeiten zur Wiederverwendung des Materials abzuklären.

Beim Antreffen von bisher nicht bekannten Bodenverunreinigungen und Altablagerungen ist der AN verpflichtet, die Bauarbeiten unverzüglich zu unterbrechen. Der betreffende Bereich ist zu sichern und es sind die vertragsabwickelnde Stelle, die BÜW und die Abfalltechnische Bauüberwachung zu informieren.

Sach- und Fachkundenachweise

Der Auftragnehmer hat vor Ort auf der Baustelle einen Abfallverantwortlichen (i.S.d. § 59 KrWG) mit der Qualifikation eines Abfallbeauftragten / Fachbauleiters zu stellen (vgl. entspr. LV-Position). Der Abfallverantwortliche muss über einen Sachkundenachweis für die Probenahme fester Abfälle gemäß LAGA PN 98 verfügen.

Sofern der AN vom AG mit der Durchführung von chemischen Untersuchungen / Deklarationsanalysen beauftragt wird, hat er für die Probenahme einen unabhängigen und für die Art der Probenahme fach-

und sachkundigen Probenehmer (LAGA PN98), für die Analytik und Gutachtenerstellung ausschließlich einen nach DIN EN ISO / IEC 17025 akkreditierten Nachauftragnehmer einzusetzen.

Zur Vermeidung von Interessenkonflikten darf der AN Leistungen der Probenahme oder Bewertung von Analyseergebnissen (Prüfberichte) nicht an Nachunternehmer beauftragen, wenn diese gleichzeitig am Entsorgungsvorgang beteiligt sind, z.B. Entsorgungsunternehmen, Abfallmakler und Transportunternehmen.

Der Auftragnehmer hat dem AG die für diese Tätigkeiten vorgesehenen Nachunternehmer unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens jedoch im Entsorgungskonzept AN, namentlich und unter Vorlage der notwendigen Fach- und Sachkundenachweise bzw. Zertifikate zu benennen.

Entsorgungskonzept AN

Der AN hat auf der Basis der Vergabeunterlagen und der Gegebenheiten des Bauvorhabens ein verbindliches, vorhabenbezogenes Entsorgungskonzept für die Baudurchführung gemäß der M.01.02.15.03 Anlage 8 „Mustergliederung Entsorgungskonzept AN“ zu erstellen.

Über den ausgeschriebenen Analysenumfang hinaus erforderliche Parameter für die Abfalldeklaration sind mit Übergabe des Entsorgungskonzepts AN anzuzeigen und durch den AG zu genehmigen, für die Analytik nach EBV bzw. LAGA gelten dazu gesonderte Vorgaben, vgl. Kapitel 0.2.15.5. Über die vom AG genehmigten Parameter hinausgehenden Änderungen bzw. nachträgliche Änderungen auf Verlangen des AN werden nicht berücksichtigt und gehen zu seinen Lasten.

Das Vorliegen eines bestätigten Entsorgungskonzeptes ist Voraussetzung für jegliche Wiedereinbau- oder Entsorgungsmaßnahmen.

0.2.15.2 Definition Abfallerzeuger und Abfallbesitzer

Abfallerzeuger gemäß KrWG § 3 Abs. 8 ist:	DB InfraGO AG, Regionalbereich Süd Richelstraße 1 80634 München
Abfallbesitzer gemäß KrWG § 3 Abs. 9 ist:	der Auftragnehmer (AN)

Der Abfallerzeuger ist für die Bau- und Abbruchabfälle, die unmittelbar aus der Baumaßnahme stammen (z.B. Oberbaumaterial, Bodenaushub, Bauschutt, Kabel, Schrott), rechtlich verantwortlich. Der Auftragnehmer wird für diese Abfälle Abfallbesitzer. Er wird vom Abfallerzeuger mit der Wahrnehmung bestimmter Aufgaben des Abfallerzeugers beauftragt.

Die im Vorhaben anfallenden Bau- und Abbruchabfälle sind vom AN ordnungsgemäß (rechtskonform) und schadlos unter Einhaltung aller im Bauvertrag enthaltenen Vorgaben zu entsorgen, hierfür haftet der AN dem AG. Die Abfallerzeugereigenschaft und das Eigentum der DB / DB InfraGO AG an den Bau- und Abbruchabfällen des Bauvorhabens endet mit der Entsorgung.

Der AN stellt sicher, dass die von Ihm mit dem Transport und der Entsorgung beauftragten Nachunternehmer zuverlässig, fachlich geeignet und rechtlich befugt sind, daher hat der AN für die Beförderung der Bauabfälle nur zugelassene Transporteure und für deren Entsorgung nur zertifizierte Entsorgungsfachbetriebe zu binden. Entsprechende Unterlagen sind unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens mit dem Entsorgungskonzept AN, an den AG zu übergeben.

Der AN hat den AG unverzüglich über geänderte Annahmekriterien von Entsorgungsanlagen, den vorgesehenen Wechsel des Entsorgers bzw. der Entsorgungsanlage sowie über Abstimmungs- / Genehmigungserfordernisse mit den zuständigen Behörden zu informieren. Abstimmungen mit den Behörden erfolgen ausschließlich durch den AG.

Der AN ist Abfallerzeuger und Abfallbesitzer gemäß §3 Abs. 8+9 KrWG für die Abfälle, die er u.a. durch Lieferungen sowie den Betrieb und die Unterhaltung der Baustelleneinrichtung erzeugt (z.B. Verbaumaterialien, Material zur Erstellung von Baustraßen, Verpackungen). Diese Abfälle sind von ihm selbständig und separat von den Abfällen des AG gemäß den einschlägigen Rechtsvorschriften zu entsorgen und werden nicht gesondert vergütet. Auf Anforderung sind dem AG Verbleibsnachweise für diese Abfälle in Kopie zu übergeben.

0.2.15.3 Betrieb von Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen für Abfälle

Sofern der AN zusätzliche Flächen außerhalb der vom AG zur Verfügung gestellten, planfestgestellten oder anderweitig genehmigten Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen bzw. außerhalb der Baustelle / der Erstreckung der Bau- und Betriebsanweisung (BETRA) zur Bereitstellung oder Aufbereitung nutzen will, hat er selbständig die hierfür notwendigen privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Genehmigungen (z.B. gemäß 4. BImSchV) einzuholen und diese dem AG vor der Nutzung nachweisfähig (z.B. Bescheid) vorzulegen.

Der AN hat für diese Flächen einschließlich der Zufahrten ein Beweissicherungsverfahren nach BBodSchV durchzuführen.

Sofern der AN auf o.g. baustellenfernen, nicht planfestgestellten Flächen mehr als 100 t nicht gefährliche bzw. mehr als 30 t gefährliche Abfälle bereitstellt (zwischenlagert) oder behandelt oder auf baustellennahen Flächen über einen längeren Zeitraum zwischenlagert oder behandelt, hat er gemäß 4. BImSchV vor Nutzungsbeginn eine Genehmigung der zuständigen Immissionsschutzbehörde zu beantragen.

In Bezug auf die o.g. Flächen hat der AN dem AG auf Anforderung die für ein ggf. erforderliches Planänderungsverfahren beim Eisenbahnbundesamt oder einem sonstigen Genehmigungsverfahren der zuständigen Behörde notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Alle mit den vorgenannten Anforderungen verbundenen Leistungen sind in das Angebot einzurechnen, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

Die für die Bereitstellung von Abfällen und damit der Lagerung von wassergefährdenden Stoffen vorgesehenen Bereitstellungsflächen ohne Planfeststellung bzw. ohne direkten Baustellen-/ BETRA-Bezug sind vom Auftragnehmer auf Anordnung des AG als AwSV – Anlage mit entsprechenden Anforderungen (u.a. Eignungsfeststellung, Anlagendokumentation, Betriebsanweisung, Betriebstagebuch, Überwachungs- und Prüfpflichten) zu betreiben.

0.2.15.4 Leistungen des AN zur Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung

Der Auftragnehmer hat die Anforderungen der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) einzuhalten. Die GewAbfV betrifft diverse nicht gefährliche Siedlungsabfälle (hausmüllähnliche Abfälle) des 20iger AVV-Nummernkreises z.B. Papier, Pappe, Glas sowie folgende nicht gefährlichen Bauabfälle:

- AVV 170101 Beton
- AVV 170102 Ziegel
- AVV 170103 Fliesen u. Keramik

- AVV 170107 gemischter Bauschutt
- AVV 170202 Glas
- AVV 170203 Kunststoff
- AVV 170401 bis 170407 div. Metalle
- AVV 170411 nicht gefährliche Kabel
- AVV 170201 Holz
- AVV 170604 Dämmmaterial
- AVV 170302 Bitumengemische.

Diese Abfälle sind vom AN grundsätzlich getrennt auszubauen, getrennt zu halten bzw. bereit zu stellen, zu befördern sowie vorrangig der Vorbereitung zur Wiederverwendung oder dem Recycling zuzuführen.

Eine Entsorgung von Gemischen der o.g. Abfälle ist unbedingt zu vermeiden.

Sofern Gewerbeabfälle aus den gemäß GewAbfV zulässigen Gründen als Gemische anfallen, sind diese unverzüglich und nachweislich zur Auftrennung in die Teilfraktionen den dafür zugelassenen Aufbereitungsanlagen (Siedlungsabfälle) bzw. Vorbehandlungsanlagen (Bauabfälle) zuzuführen.

Ist eine Abfalltrennung oder Aufbereitung technisch nicht möglich oder wirtschaftlich nicht zumutbar, sind die Gemische möglichst hochwertig zu verwerten, ist auch dies nicht möglich, sind die Gemische ordnungsgemäß und gemeinwohlverträglich zu beseitigen.

Als Nachweise über die Getrennthaltung, die abweichend erforderliche Vorbehandlung / Aufbereitung oder die abweichend erforderliche schadlose, hochwertige sonstige Verwertung hat der Auftragnehmer dem AG geeignete Dokumente, wie z.B. Haufwerkslagepläne, Probenahmeprotokolle einschließlich Fotodokumentation zu übergeben. In den Unterlagen sind die Abweichungen von den Vorgaben der GewAbfV unter Verwendung der Kategorien der GewAbfV nachvollziehbar zu dokumentieren und zu begründen, die Dokumente sind von der BÜW zu bestätigen und mit den zur Freigabe der Entsorgung der Gemische durch den AG eingereichten Entsorgungsnachweisen zu übermitteln und im eANV / e-Akte zu hinterlegen.

0.2.15.5 Systematik der zu vergebenden Entsorgungsleistungen für mineralische Bau- und Abbruchabfälle

Der AG schreibt die im gegenständlichen Bauvorhaben zu erbringenden Entsorgungsleistungen von mineralischen Bau- und Abbruchabfällen (MBA) zur Verwertung über ein Leistungsverzeichnis auf Grundlage der Zuordnungswerte LAGA M 20 bzw. länderspezifischer Regelungen aus. Diese Regelung betrifft folgende Abfallarten und Einstufungen:

Abfallbezeichnung	Abfallschlüssel AVV	Einstufung nach dem bay. Eckpunktepapier (EPP)
Boden	17 05 04	EPP Z0, Z1.1, Z1.2, Z2
Gleisschotter	17 05 08	EPP Z0, Z1.1, Z1.2, Z2
Beton(bruch)	17 01 01	EPP Z0, Z1.1, Z1.2, Z2
Ziegel	17 01 02	
Fliesen und Keramik	17 01 03	

Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter 170106 fallen	17 01 07	
---	----------	--

Die vereinbarte Leistungsbeschreibung und Vergütung stellen die vertragliche und abfallrechtliche Grundlage für die Erbringung der vereinbarten Entsorgungs- und Transportleistungen und ggf. Analyseleistungen des Auftragnehmers dar. Der AN hat dies bei der Vertragsgestaltung mit den von ihm gebundenen Ingenieurbüros/ Untersuchungsstellen sowie Aufbereitungs- und Verwertungsanlagen und Beförderern zu berücksichtigen.

Hat der AN mit den von ihm gebundenen Aufbereitungs- und Verwertungsanlagen Untersuchungen/Einstufungen nach anderen Vorschriften, z.B. nach EBV oder BBodSchV vereinbart, hat er diese Leistungen in sein Angebot einzukalkulieren. Es erfolgt keine gesonderte Vergütung. Plant der AN die direkte Verwertung von Bodenmaterial in einem technischen Bauwerk, ist die dazu erforderliche EBV-Analytik ebenso in sein Angebot einzukalkulieren.

Der AG wird die mineralischen Bau- und Abbruchabfälle (MBA) je Haufwerk / Ausbaurubatur gemäß LAGA bzw. länderspezifische Regelungen untersuchen und klassifizieren lassen, um diese den entsprechenden Entsorgungspositionen des Bauvertrages zuordnen zu können.

Plant der AN die direkte Verwertung von Bodenmaterial in einem technischen Bauwerk außerhalb dieses Bauvorhabens, ist die dazu erforderliche EBV-Analytik ebenso in sein Angebot einzukalkulieren.

Der AG schreibt die im gegenständlichen Bauvorhaben zu erbringenden Entsorgungsleistungen von mineralischen Bau- und Abbruchabfällen zur Beseitigung (größer Z2) auf Grundlage der Deponieverordnung mit Positionen für die Deponieklassen 0 - III aus.

0.2.15.6 Umgang mit Rückbau- und Abbruchabfällen

Die vom AN durchzuführenden Rückbau- und Abbrucharbeiten umfassen den Rückbau der vollständigen ober- und unterirdischen Bauwerkssubstanz, die Entkernung und Demontage der diversen, ggf. schadstoffhaltigen Baustoffe, Einrichtungsgegenstände, Installationen und Anlagen, den Transport und die fachgerechte Entsorgung aller anfallenden Abfälle und ggf. die Verfüllung der Baugruben mit unbelastetem Bodenaushub.

Im Vorfeld der Rückbauarbeiten hat der AN zusammen mit dem Fachgutachter des AG bzw. mit der Bauüberwachung vor Ort eine Bestandsaufnahme der abzubrechenden Bausubstanz vorzunehmen, insbesondere wenn diese noch nicht auf ihre Zusammensetzung und mögliche Schadstoffbelastung untersucht wurde. Auffällige Bauteile mit Schadstoffverdacht, z.B. Öl- und Schmierstoffverunreinigungen, Teer- oder Bitumenanstriche, sind farblich zu kennzeichnen. Anschließend hat der Auftragnehmer Bau die erforderlichen Rückbau- und Abbrucharbeiten detailliert im Entsorgungskonzept zu beschreiben, vom AG übergebene Gutachten und chemische Analysen sind zu berücksichtigen.

Vor dem eigentlichen Abbruch sind alle schadstoffhaltigen bzw. entsorgungsaufwendigen Materialien aus dem Bauwerk auszubauen und getrennt zur Entsorgung bereitzustellen. Anschließend ist der verbleibende Rohbau abzubrechen und sortenrein zur Entsorgung bereitzustellen.

Alle Aufwendungen für die vorgenannten Sachverhalte sind in das Angebot einzurechnen, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

Werden beim Rückbau der baulichen Anlagen zuvor unentdeckte, auffällige Bauteile mit Schadstoffverdacht (kontaminierte Baustoffe) vorgefunden, sind die Bauarbeiten unverzüglich zu unterbrechen, die betreffende Baustelle zu sichern und die Bauüberwachung sowie der für Umweltschutzelange verantwortliche Mitarbeiter unverzüglich zu informieren.

0.2.15.7 Umgang mit LST- und TK-Reststoffen sowie Schrott

Die Wiederverwendung bzw. Verschrottung/Verkauf von nicht wieder verwendungsfähigen Eisen-, Stahl- und NE- Recyclingmaterial sowie LST- und Telekommunikations-Restbaustoffen erfolgt durch den AG, die genannten Restbaustoffe verbleiben bis zum ordnungsgemäßen Abschluss der Entsorgung in dessen Eigentum.

Der AN hat den Anfall dieser Materialien unter Angabe von Art, Menge, Größe und Anfallort 4 Wochen vor dem geplanten Ausbau schriftlich beim AG anzuzeigen. Die Aufwendungen hierfür sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Zur Wiederverwendung bzw. Verschrottung/Verkauf vorgesehene Material ist durch den AN auf den zugewiesenen Bereitstellungsflächen bereitzustellen, von diesen Flächen erfolgt die Übernahme dieser Materialien durch einen vom AG benannten Empfänger.

Vom AN ist der Verbleib aller Restbaustoffe in einer Tabelle gesondert nach Bauabschnitten zu dokumentieren. Für die LST-Reststoffe sind die betreffenden Listen gemäß Handlungsanweisung des AG im Rahmen der zugehörigen PT1 Planung zu erstellen. Die Aufwendungen hierfür sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

0.2.15.8 Haufwerksbildung und Bereitstellung

Materialien zum Wiedereinbau bzw. Bauabfälle zur Entsorgung sind in sortenreinen Haufwerken aufzuhalten und bis zu einem Volumen von 500 m³ ordnungsgemäß bereitzustellen.

Dazu sind die anfallenden Materialien bzw. Bauabfälle nach ihrer zu erwartenden Belastung zu trennen. Unter Umständen ist die Bildung mehrerer Haufwerke auch bei geringen Aushub- oder Abbruchkubaturen erforderlich.

Die Wahl der Haufwerksstandorte und deren Flächenbedarf hat der AN in eigener Zuständigkeit gemäß seiner Baustellenlogistik nach zeitlichen- und mengenmäßigem Anfall zu ermitteln.

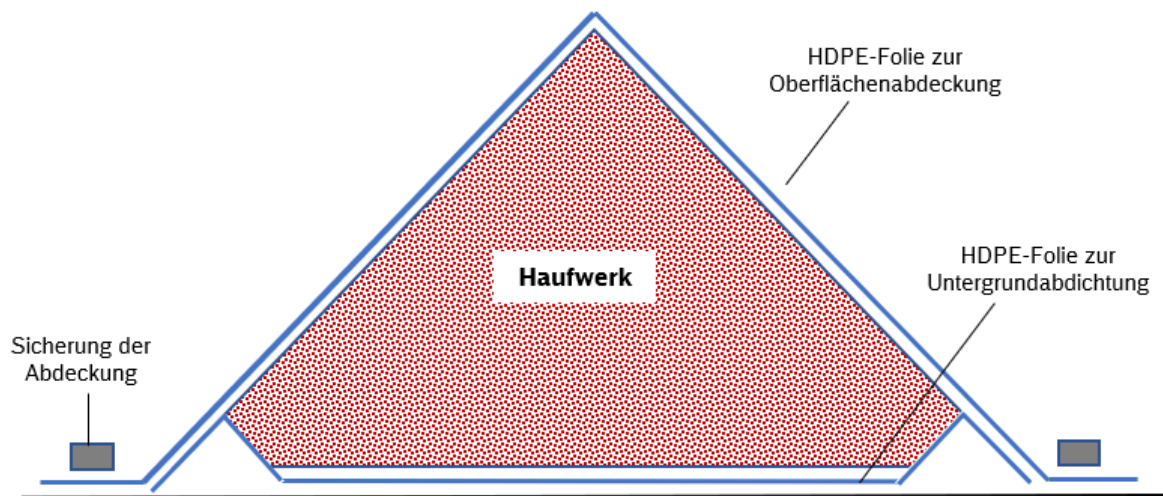
Die Haufwerke sind, spätestens nach der Verbringung auf die Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsfläche, mit einem wetterfesten Schild, welches die Haufwerksbezeichnung (Haufwerksnummer, Anfallort, Ausbaudatum, etc.) angibt, dauerhaft zu kennzeichnen. Die Haufwerkseinstufung und -bewertung sind unmittelbar nach Erhalt der finalen Abfalldeklaration nachzutragen.

Der AN hat die in Haufwerken bereitgestellten Materialien generell so zu sichern, dass Gefährdungen von Schutzgütern durch die Abfälle oder darin enthaltene Schadstoffe ausgeschlossen sind.

Alle Abfälle mit der Einstufung ab EPP Z 1.2 bzw. RC 2/ BM 2 gemäß EBV oder höher sind immer mit einer Oberflächenabdichtung aus mind. 0,4 mm starker reißfester HDPE-Folie gemäß nachfolgender Darstellung zu sichern. Das von der Oberflächenabdichtung anfallende unbelastete Niederschlagswasser ist abzuleiten.

Bei allen nach Landesrecht als gefährlich eingestuften Abfällen ist zusätzlich eine entspr. HDPE-Folie gem. nachfolgender Abbildung zur Untergrundabdichtung vorzusehen.

Alternativ zu der beschriebenen Untergrundabdichtung mit HDPE-Folie ist die Nutzung eines mit Bitumen oder Beton befestigten / versiegelten Untergrundes einschließlich einer Entwässerung der Fläche möglich.



Systemskizze Sicherung eines Haufwerkes

Für alle Haufwerke hat der Auftragnehmer dem AG folgende Dokumente zu übergeben:

- Aushubprotokoll mit Angaben zu Bezeichnung, Lage, Ortsbeschreibung (Damm, Strecke, Bauwerk usw.), Materialart sowie Art und geschätzter Anteil von Fremdbestandteile (Schotter, Bauschutt, Wurzeln etc.), Auffälligkeiten (Färbung, Geruch usw.),
- Fotodokumentation,
- Lageplan der Haufwerke mit Angabe der Bezeichnung, Materialart und Menge,
- Mengen-/Kubaturermittlung (durch AN im Beisein der BÜW oder des Fachgutachters des ANs vorzunehmen).

Die zuvor beschriebenen Leistungen sind bei der Kalkulation zu berücksichtigen und werden nicht gesondert vergütet.

0.2.15.9 Deklarationsanalytik

Die Deklarationsanalytik wird durch den AG beigestellt. Der AN hat dazu die Durchführung jeder einzelnen baubegleitenden Analyse für alle im Bauvorhaben anfallenden Materialien einschließlich Altschotter jeweils 21 Kalendertage vorher über den AG zu veranlassen. Der AN hat dies in seinem Bauablauf zu berücksichtigen und einzukalkulieren.

Eine Beprobung mineralischer Stoffe im eingebauten Zustand (in situ) und ein direkter Aushub und eine Abfuhr ist nur nach schriftlicher Zustimmung des AG zulässig. Der Ausbau der Materialien hat unter kontinuierlicher Begleitung durch die Fachbauüberwachung Abfall und den Abfallverantwortlichen des AN zu erfolgen.

Für die chemische Untersuchung von Altschotter bzw. seiner Kornfraktionen ist zusätzlich die Altschotterrichtlinie RIL 880.4010 „Bautechnik; Verwertung von Altschotter“ zu berücksichtigen (z.B. Siebschnitt bei 31,5 mm, keine Hochrechnung der Ergebnisse der Feinfraktion auf die Gesamtfraktion). Der Untersuchungsumfang und die Bewertungsgrundlagen für Altschotter sind mit dem AG abzustimmen.

0.2.15.10 Elektronische Nachweisführung über die Entsorgung von Abfällen

Das Nachweisverfahren besteht grundsätzlich aus der Vorabkontrolle der Zulässigkeit des Entsorgungsweges (z.B. Anlagengenehmigung, Efb-Zertifikat, etc.) und der Verbleibskontrolle über die ordnungsgemäß durchgeführte Entsorgung (Transportpapiere als Verbleibsnachweise).

Für alle im Bauvorhaben anfallenden gefährlichen und nicht gefährlichen Bau- und Abbruchabfälle ist eine Nachweisführung über die Entsorgung im elektronischen Abfallnachweisverfahren (eANV) zu gewährleisten.

Der AN, dessen Abfallverantwortlicher und die von ihm beauftragten Nachunternehmer sowie Abfallbeförderer und Entsorger haben aktiv an der Vorbereitung und Durchführung des Nachweisverfahrens im eANV mitzuwirken.

Die projektspezifische Ausgestaltung und das Zusammenwirken zwischen AN und AG sind im Entsorgungskonzept des AN auf der Basis der M.01.02.15.03 Anlagen 7 „Aufgabenverteilung Abfallmanagement“ und 12a „Leitfaden zur Realisierung des elektronischen Nachweisverfahrens (eANV) für nicht gefährliche Abfälle im ZEDAL“ zu beschreiben und vom AG zu bestätigen.

Der AN hat innerhalb von 14 Werktagen nach Vorliegen der Genehmigung des Entsorgungsweges (Entsorgungsnachweis EN/VN) mit der Entsorgung der bereitgestellten Abfälle zu beginnen.

0.2.15.10.1 Technische Voraussetzungen für das elektronische Abfall-Nachweis-Verfahren

Vom Auftragnehmer sind folgende eANV - Zugänge und anwendungsbereite Geräteausstattungen für den Abfallbeauftragten / Bevollmächtigten des AN und die Beförderer auf der Baustelle zur Verfügung zu stellen. Die Ausstattung und die Zugänge sind im Entsorgungskonzept des AN zu dokumentieren:

- Gebräuchliche Computerhardware inkl. DSL-Verbindung (Internet) oder gleichwertig
- Abfallerfassungssoftware inklusive eigenständigem Zugang, kompatibel zur Zentralen Koordinierungsstelle der Länder (ZKS)
- Kartenlesegeräte incl. Treibersoftware mit Zulassung der Bundesnetzagentur zur qualifizierten Signatur abfallrechtlicher Dokumente durch BÜW und Beförderer (Signaturarbeitsplatz)

Sofern die vom AN beauftragten Beförderer und / oder Entsorger (NAN) nicht am elektronischen Nachweisverfahren über nicht gefährliche Abfälle mitwirken, hat sich der AN entweder als „Sonstiger Beteiligter“ oder als Bevollmächtigter einen eigenen Zugang zu einem geeigneten eANV-System (Provider) inkl. ZKS-Postfach zu schaffen und zusätzlich folgendes zu gewährleisten:

- Ausstattung und Schulung der örtlichen Mitarbeiter des AN mit persönlichen Signaturkarten nach digitalem Signaturgesetz
- Nachweis der abfallrechtlichen Qualifikation der signaturberechtigten Mitarbeiter
- Erfassung der Entsorgungsvorgänge im eANV in der Rolle der nicht mitwirkenden Beförderer / Entsorger gemäß Anlage 12a „Leitfaden zur Realisierung des elektronischen Nachweisverfahrens (eANV) für nicht gefährliche Abfälle im ZEDAL“ zum M.01.02.15.03.

Die DB InfraGO AG verwendet als eANV-System das Programm „ZEDAL“ der „Abfallmanagement Datenverarbeitungs AG“ Recklinghausen. Zur Vereinfachung der Arbeitsabläufe wird dem AN empfohlen, sich für einen Zugang zur ZEDAL - Portallösung anzumelden.

0.2.15.10.2 Vorab- und Verbleibskontrolle für gefährliche Abfälle

Vorabkontrolle

Das Nachweisverfahren für gefährliche Abfälle beinhaltet grundsätzlich eine Beteiligung der zuständigen Abfallbehörde im Wege der behördlichen Bestätigung bzw. Kenntnissnahme des Entsorgungsnachweises.

Der EN für gefährliche Abfälle besteht im eANV aus folgenden Dokumenten:

- Deckblatt des Entsorgungsnachweises (DEN)
- Verantwortliche Erklärung des Abfallerzeugers (VE)
- Untersuchungsbericht / Deklarationsanalyse (DA) in Dateiform
- ggf. Ergänzendes Formblatt für die Beauftragung / Bevollmächtigung / Andienung (EGF)
- Annahmeerklärung des Entsorgers (AE) und
- behördliche Bestätigung (Genehmigung) der für die Entsorgungsanlage zuständigen Abfallbehörde (BB).

Der AN hat dem AG mindestens 4 Wochen vor dem geplanten Entsorgungstermin mitzuteilen, dass ein Entsorgungsnachweis für die Entsorgung gefährlicher Abfälle oder von POP-Abfällen benötigt wird und dazu folgende Dokumente vorzulegen bzw. im eANV einzustellen:

- die Deklarationsanalysen mit gutachterlichem Bericht und Probenahmeprotokoll
- die Anlagengenehmigungen, z.B. Entsorgungsfachbetriebszertifikat oder BImSch-Genehmigung der vorgesehenen Entsorgungsanlagen,
- das EfB-Zertifikat bzw. die Beförderungserlaubnis des Beförderers nach § 54 KrWG für die Beförderung von gefährlichem Abfall

Durch den AG wird anschließend der elektronische Entsorgungsnachweis im eANV erstellt. Der AG beauftragt den AN durch Ausfüllen des sog. Ergänzendes Formblatts (EGF) mit der Gebührenübernahme für das Genehmigungs- / Andienungsverfahren für die durch den AN zu entsorgenden Abfälle. Dazu hat der AN das EGF vor dem AG elektronisch zu signieren.

Nach Vorliegen aller Dokumente signiert der AG die Verantwortliche Erklärung (VE) und übermittelt diese elektronisch an den vom AN benannten Entsorger. Dieser füllt die Annahmeerklärung (AE) aus und signiert diese, anschließend erfolgt die elektronische Übermittlung an die Behörde zur Genehmigung (Grundverfahren) bzw. zur Kenntnis (privilegiertes Verfahren).

Die Nutzung von Sammelentsorgungsnachweisen für gefährliche Abfälle und für POP-Abfälle durch den AN ist nur nach schriftlicher Zustimmung des zuständigen Teamleiters Umweltschutz zulässig.

Verbleibskontrolle

Der AN hat beim verantwortlichen Bauüberwacher rechtzeitig seinen Bedarf an Transportdokumenten (BS, ÜS) anzumelden und die behördliche Nummer des Beförderers mitzuteilen (Voraussetzung für die elektronische Dokumentenübermittlung).

Anschließend erstellt die zuständige BÜW in Abstimmung mit dem AG das elektronische Mustertransportdokument und generiert daraus die benötigte Anzahl von elektronischen Begleitscheinen und signiert diese.

Die im Auftrag des AN tätigen Abfallbeförderer haben die Transportdokumente bei Abfallübernahme auf der Baustelle elektronisch zu signieren.

Sofern die Signatur der Beförderer abweichend davon erst unmittelbar vor Abfallübergabe beim Entsorger erfolgen soll, ist hierzu mit dem AG eine gesonderte schriftliche Vereinbarung nach § 19(2) NachwV zu treffen M.01.02.15.03 Anlage 13 „Vereinbarung über die verspätete Signatur des Abfallbeförderers“.

Bei Verwendung eines Sammelentsorgungsnachweises ist der Übernahmeschein vom Beförderer/Entsorger auf die Abfallerzeugernummer des AG auszustellen und dem AG elektronisch zu übermitteln.

0.2.15.10.3 Vorab- und Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle

Vorabkontrolle

Der Entsorgungsnachweis über die Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle im eANV besteht aus den gleichen Dokumenten wie der EN für gefährliche Abfälle, ausgenommen das Ergänzende Formblatt (EGF) und die Behördliche Bestätigung (BB).

Zur Vorbereitung der Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle hat der AN folgende Dokumente vorzulegen bzw. im eANV einzustellen:

- die Anlagengenehmigungen (Entsorgungsfachbetriebszertifikat / BlmSch-Genehmigung) der vorgesehenen Entsorgungsanlagen und
- das EfB-Zertifikat bzw. die Anzeige des Beförderers nach § 53 KrWG bzw. für die Beförderung von ngA
- Untersuchungsbericht / Deklarationsanalyse (DA) in Dateiform

und zur Vervollständigung und Signatur an den AG elektronisch zu übermitteln.

Auf Basis dieser Angaben erstellt der AG den Vereinfachten Entsorgungsnachweis im eANV, signiert die VE und leitet den Vereinfachten Entsorgungsnachweis an den vom AN beauftragten Entsorger weiter. Der Entsorger erstellt und signiert die Annahmeerklärung, damit ist der VN vollständig.

Nimmt der Entsorger nicht am elektronischen Nachweisverfahren für nicht gefährliche Abfälle teil, hat der Auftragnehmer die vom Entsorger unterschriebene Annahmeerklärung einzuholen und dem AG zu übermitteln bzw. der vorausgefüllten AE als Anhang beizufügen (sofern der AN mit der Erstellung des VN beauftragt ist). Anschließend wird die Annahmeerklärung vom AG mit folgendem Zusatz signiert: „ENT nimmt nicht am eANV für ngA teil, AE wird als Datei beigefügt. Signiert für den ENT: DB InfraGO AG, Region Süd, Plng Umweltschutz, siehe Original-AE im Anhang.“

Sofern der AN nicht gefährlichen Bodenaushub zur Verwertung in gesonderte Maßnahmen z.B. in andere Baustellen oder landwirtschaftliche Flächen verbringen will, hat er für die Vorabkontrolle einen Vereinfachten Entsorgungsnachweis (VN) zu verwenden und als Anhang die aktuelle Einbaugenehmigung der zuständigen Bodenschutzbehörde für das Material beizufügen. Die Verbleibskontrolle erfolgt mittels elektronischem Registerbeleg (ZEDAL).

Verbleibskontrolle

Der Transport der Abfälle hat direkt und nur zu den freigegebenen Entsorgungsunternehmen gemäß Entsorgungsnachweis zu erfolgen. Eine Abweichung bedarf in jedem Fall der vorherigen Zustimmung des AG.

Für die elektronische Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle (ngA) sind Registerbelege (RB) zu verwenden. Der AN hat beim verantwortlichen Bauüberwacher seinen Bedarf an RB mindestens 3 Arbeitstage vorher anzumelden und die behördliche Nummer des Beförderers mitzuteilen (Voraussetzung für die elektronische Dokumentenübermittlung).

Anschließend erstellt die zuständige BÜW in Abstimmung mit dem AG das Mustertransportdokument (Registerbeleg), generiert daraus die benötigte Anzahl elektronischer Registerbelege und signiert diese.

Sofern die beauftragten Beförderer (BEF) und / oder Entsorger (ENT) nicht an der elektronischen Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle teilnehmen, hat der AN die entsorgten Abfallmengen auf der Grundlage vorliegender Wiegenoten (Lieferschein nur nach Rücksprache mit dem AG) zu erfassen und den Registerbeleg in der Spalte des Beförderers und Entsorgers qualifiziert zu signieren. Der BEF hat unmittelbar bei Übernahme des Abfalls den Registerbeleg zu signieren. Der ENT hat spätestens 10 Tage nach Annahme des Abfalls zu signieren.

Wird ein Registerbeleg für größere Chargen als die Transportmenge eines LKW erstellt und sind unterschiedliche Beförderer tätig, ist die Abfuhr des Abfalls von der Baustelle und die Übernahme durch den Entsorger nur durch die Signatur des Abfallerzeugers / BÜW und des Entsorgers auf dem Registerbeleg nachzuweisen, die Signatur des Beförderers entfällt. Die im Registerbeleg einzutragende Abfallmenge ist dabei aus der Gesamtmenge der in den Wiegescheinen erfassten Abfallmenge zu errechnen.

Als direkter Nachweis für die erfolgte Abfallübernahme auf der Baustelle hat der AN hat die von ihm beauftragten Beförderer zu veranlassen, die erforderlichen Registerbelege als Papiausdruck zur Abfallübernahme auf die Baustelle mitzubringen, darauf die Übernahme zu quittieren und den unterschriebenen RB-Ausdruck der BÜW zu übergeben.

Auf den Verbleibsnachweisen bzw. entsprechenden Zusatzdokumenten hat der AN auch die Dokumentationsanforderungen gemäß der Gewerbeabfallverordnung niederzulegen.

Der aktualisierte Entsorgungsstand aller Haufwerke ist binnen 5 Arbeitstagen in einer Haufwerksliste zu überführen und an die BÜW und den AG (zur Verbleibskontrolle) zu übergeben.

0.2.15.10.4 Anzeige- u. Dokumentationspflichten gemäß Ersatzbaustoffverordnung

Soweit der AN bauvertraglich mit der Erstellung der obligatorischen Einbaudokumentation und ggf. erforderlichen Vor- und Abschlussanzeigen für den MEB-Einbau nach EBV beauftragt ist, hat er die für den Einbau von MEB in technische Bauwerke der DB oder den Einbau von nicht aufbereitetem Bodenmaterial in Bauwerke von Dritten notwendigen elektronischen Dokumente, z.B. Lieferscheine und je nach Beauftragung weitere Dokumente, im System ZEDAL elektronisch zu erstellen bzw. zu vervollständigen, und ggf. auch erforderliche Vor- und Abschlussanzeigen bei den zuständigen Behörden zu tätigen.

Die Erstellung des Deckblattes oder der Voranzeige erfolgt grundsätzlich erst nach AG-seitiger Freigabe des vom AN beantragten MEB-Einbaus.

Für jede angelieferte Charge eines MEB, die in eine technische Bauweise eines Bauwerkes eingebaut wird, ist ein separater elektronischer Lieferschein zu erstellen. Als zusammenfassendes Dokument für jeden Satz gleichartiger Lieferscheine hat der AN ein elektronisches Deckblatt im ZEDAL zu befüllen bzw. zu erstellen. Sofern für den MEB-Einbau eine Vor- und Abschlussanzeige erforderlich wird, ersetzen diese das Deckblatt. Der Muster-Lieferschein und die einzelnen Lieferscheine werden aus der Voranzeige generiert.

Abhängig vom Bauvertrag obliegen dem AN ggf. weitere Melde- und Übergabepflichten gegenüber von Behörden, dem AG oder Dritten.

0.2.15.11 Abrechnung von Entsorgungsleistungen

Für die Abrechnung von Entsorgungsleistungen sind alle rechnungsbegründenden Unterlagen unaufgefordert einzureichen, insbesondere:

- Kopie des vollständig ausgefüllten und signierten abfallrechtlichen Verbleibsnachweises aus ZEDAL wie beschrieben
- Wiegescheine aus Nettoverwägung auf geeichter, stationärer Waage (Mindestinhalt: Anfallstelle, Transportpapiernummer, Haufwerksnr., amtl. Kennzeichen)
- Mengennachweis auf der Baustelle (jeweils alternativ):
 - Volumenermittlung von Haufwerken,
 - Volumenermittlung Baugrube,
 - Nettoverwiegung auf der Baustelle,
 - Zählprotokoll.

Die prüfbare Abrechnung der Leistung setzt voraus, dass alle rechnungsbegründenden Unterlagen vorliegen.

Auf die Regelungen zu Ziff. 20.2 ff der ZVB-DB wird hierbei nochmals hingewiesen.

0.2.15.12 Beförderungserlaubnis / Transportgenehmigungen

Für die Beförderung von gefährlichen Abfällen über öffentliche Verkehrswege zur Bereitstellungsfläche oder zur Entsorgungsanlage benötigt der Abfallbeförderer eine Beförderungserlaubnis nach § 54 KrWG bzw. der Beförderungserlaubnisverordnung (BefErlV; ersetzt TgV). Hiervon ausgenommen sind öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger oder Entsorgungsfachbetriebe, soweit sie für diese Tätigkeit zertifiziert sind.

Die mit dem Transport gefährlicher Abfälle befassten Beförderer müssen für den Leistungszeitraum über eine Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb nach § 56 und 57 KrWG bzw. über eine vergleichbare europäische Qualifizierung (Einhaltung der Anforderungen der Entsorgungsfachbetriebeverordnung (EfBV)) oder über eine Transporterlaubnis nach § 54 KrWG verfügen.

Für den Transport von nicht gefährlichen Abfällen müssen die Beförderer für den Leistungszeitraum eine Anzeige gemäß § 53 KrWG an die zuständige Behörde vorgenommen haben.

Alle zur Beförderung von Abfällen vorgesehenen Fahrzeuge sind mit zwei A-Tafeln zu kennzeichnen, dies gilt auch für Entsorgungsfachbetriebe.

Erlaubnis (gA) bzw. Anzeige (ngA) sind jeweils vom Beförderer auf dem Fahrzeug mitzuführen.

Beim Transport gefährlicher Abfälle sind zusätzlich folgende Unterlagen mitzuführen:

- Ausdruck des Begleitscheins mit allen Datenangaben (Auskunftsfähigkeit),
- bei verspäteter Signatur des Beförderers: Vereinbarung gem. § 19 Abs. 2 NachwV.

0.2.16 bleibt frei

0.2.17 bleibt frei

0.2.18 Leistungen für andere Unternehmer

Keine besonderen Anmerkungen.

0.2.19 Zusammenwirken mit anderen Unternehmern

Im Rahmen der nach den Vertragsunterlagen vorgesehenen bauseitigen Koordination hat der AN Mitwirkungsleistungen zur Sicherstellung des vorausschauenden Schnittstellenmanagements in Bezug auf die Ausführung der übrigen an der Gesamtmaßnahme beteiligten Unternehmer aktiv wahrzunehmen. Hierzu hat er sich mit dem Auftraggeber abzustimmen und mitzuwirken, insbesondere bei Maßnahmen die Leistungen anderer Auftragnehmer als Vorleistung erfordern oder nachfolgende Leistungen beeinflussen.

Gegenstand und Ziel dieser Mitwirkung ist, dass der AN vorausschauend und aktiv die für seine Arbeitsvorbereitung und Abwicklung erforderlichen Informationen rechtzeitig über den AG abfordert und einbezieht, sowie seinerseits diesem die von ihm für die Verfolgung der Ordnung auf der Baustelle und des Zusammenwirkens der verschiedenen Unternehmer benötigten Informationen gleichermaßen so rechtzeitig zur Verfügung stellt, dass über die bauseitige Koordination die störungsfreie Abwicklung der Gesamtmaßnahme sicher gestellt wird.

Der AN hat in der Vorausschau der auf der Baustelle ineinandergreifenden Prozesse und Abhängigkeiten die Überlegungen und Maßnahmen zur Abstimmung so frühzeitig anzustellen und den Abstimmungsprozess mit dem AG durchzuführen, dass nach Lage der Dinge als erforderlich absehbare Klärungs- und Koordinierungsprozesse des Auftraggebers ohne Störungen des Bauablaufes erledigt werden können. Zu den Mitwirkungspflichten zählen hiernach u.a. die aktive Mitwirkung und Auskunftserteilung bei koordinationsrelevanten Gesprächen/Baubesprechungen, insbesondere unter Beteiligung anderer Unternehmer, und die unverzügliche Information über abgefragte Festlegungen seiner Arbeitsvorbereitung, einschließlich ausführungstechnischer und logistischer Aspekte. In Bezug auf mögliche Störungen und Konflikte setzt die Pflicht des ANs den AG über Behinderungen zu informieren ein, sobald für ihn Umstände erkennbar werden, die sich negativ auf die Ausführung der geschuldeten Leistung bzw. des Bauvorhabens insgesamt auswirken können.

Die Koordination der an der Ausführung beteiligten Unternehmer und die Ausübung aller im Zusammenhang stehenden Erklärungen und Anordnungen bleiben ausschließlich dem AG vorbehalten.

Die Aufwendungen, für die im Rahmen des Vertrages vorgesehene Mitwirkung des AN bei der auftraggeberseitigen Koordination sind als Nebenleistung in die Einheitspreise einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

0.2.20 bleibt frei

0.2.21 bleibt frei

0.2.22 bleibt frei

0.2.23 DB-spezifische Angaben

Die Bahnstrecke hat keine Vorgaben gemäß TSI.

Besonderheiten der Regelung und Sicherung der Beschäftigten vor den Gefahren des Eisenbahnbetriebs:

Die Sicherung der Beschäftigten vor den Gefahren des Eisenbahnbetriebs erfolgt durch den AG mittels zeitweiser Sipo/Sakra und durch Gleissperrungen.

Es wird explizit auf die Verpflichtung des AN zur Einhaltung der erdungstechnischen Vorgaben, insbesondere für Zweigegefahrzeuge gemäß den Vorgaben insbesondere aus der Ril. 132.0123, verwiesen.

0.2.24 Ergänzende Ausführungsbestimmungen

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.1 „Bauleitung und Stellvertreter“ der BVB:

Der verantwortliche Bauleiter muss über die notwendigen Qualifikationen verfügen. Diese werden regelmäßig unterstellt, wenn die benannte Person ein Ingenieurstudium erfolgreich beendet sowie über eine mindestens fünfjährige Berufserfahrung als Projektleiter bei vergleichbaren Bauvorhaben verfügt.

Vom Bauleiter und Stellvertreter muss während der Ausführung der Arbeiten wenigstens einer ständig auf der Baustelle anwesend sein. Der Bauleiter oder sein Vertreter müssen an Sitzungen teilnehmen. Auf Forderung des AG gilt dieses auch für kurzfristig anberaumte Besprechungen.

Spätestens vier Wochen nach Auftragserteilung hat der Auftragnehmer ein vertrags- und projektbezogenes Organigramm vorzulegen. In diesem sind übersichtlich die wesentlichen Tätigkeitsfelder und das hierfür vorgesehene verantwortliche Personal anzugeben.

Es wird darüber hinaus noch auf die Regelungen zur Qualifikation im Rahmen der Baubegleitenden Qualitätssicherung (BQS) der Anlage 2.8 Qualitätssicherungsregelung hingewiesen.

In Ergänzung zum Punkt 16.1 „Nebenleistungen“ der BVB:

Auf die Verpflichtung des AN zum Säubern des Baubereiches, der Baustraßen und der Zufahrtswege als Nebenleistung wird nochmals hingewiesen.

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.3 „Nutzung fremden Geländes“ der BVB:

Der AN hat unaufgefordert, spätestens bis zur Abnahme, die Bescheinigungen gem. den Regelungen der BVB zu diesem Punkt beizubringen.

Notfallplan – Sperrpausen:

Die Einhaltung der Sperrpausen ist für den Auftraggeber von großer Bedeutung, damit die Einschränkungen für die Nutzung des Schienennetzes auf den zwingend erforderlichen Umfang begrenzt werden. Eine Überschreitung durch den Auftragnehmer führt zur Geltendmachung einer Vertragsstrafe gemäß den im Bauvertrag geltenden Regelungen. Soweit die Vertragsunterlagen nichts anderes festlegen, ist der Auftragnehmer frei in der Wahl der Maßnahmen zur Erfüllung seiner bauvertraglichen Leistungspflichten. Um das Risiko für den Eintrittsfall einer Vertragsstrafe zu vermeiden, sollte der Auftragnehmer jedoch vor Ausführung seiner Leistungen in der Sperrpause

Planungen für möglicherweise eintretende Notfälle für die Leistungserbringung durchführen und diese in einem Notfallplan festhalten. An der alleinigen Verantwortung des Auftragnehmers zur Leistungserbringung ändert dies nichts. Vor diesem Hintergrund wird folgendes vereinbart:

Für sämtliche Arbeiten im Zeitregime der Sperrpausen ist mindestens 14 Tage vor den Sperrpausen ein Notfallplan (lt. Muster Anlage 3.19) vom AN vorzulegen. Dies betrifft insbesondere das Vorhalten von z. B. Ersatzgeräten, -maschinen, -stoffen und Personal. Die Verfügbarkeit und Einsatzbereitschaft ist dem AG gegenüber im Vorfeld der jeweiligen Arbeiten mit ausreichender Frist, mindestens jedoch 7 Tage vor den Sperrpausen, schriftlich vorzulegen.

Es wird darüber hinaus noch auf die Regelungen zum Maschinen- und Gerätepark im Rahmen der Baubegleitenden Qualitätssicherung (BQS) der Anlage 2.8 Qualitätssicherungsregelung hingewiesen.

Sicherung von Grundstücksgrenzen gegenüber Dritten:

In Ergänzung zur ausgeschriebenen Leistungsposition gem. MLV-ALI -Grenzsteine sichern- hat der AN unmittelbar zu Baubeginn auf der Baustelle die Grundstücksgrenzen zu Dritten optisch mit farbigen Holzpflocken (sichtbare Höhe ca. 0,5 m) in einem Abstand von max. 20 m bzw. an Eckpunkten zu kennzeichnen. Die Kennzeichnungen sind während der gesamten Bauzeit zu erhalten und ggf. zu erneuern. Im Rahmen der Baustellenräumung sind diese Markierungen wieder zu entfernen.

0.3 Einzelangaben bei Abweichungen von den ATV

Keine besonderen Anmerkungen.

0.4 Einzelangaben zu Nebenleistungen und Besonderen Leistungen

0.4.1 Nebenleistungen

Keine besonderen Anmerkungen.

0.4.2 Besondere Leistungen

Keine besonderen Anmerkungen.

0.5 Technische Bearbeitung

0.5.1 Ausführungsunterlagen

Seitens des AG werden nur die der Ausschreibung beigelegten Unterlagen übergeben. Zusätzlich erhält der AN bis zum Beginn der Ausführung der Planungsleistungen durch den AN die der Ausschreibung beigelegten Unterlagen in freigegebener Form vom AG. Darüber hinaus hat der AN sämtliche, für die geschuldete Werkleistung erforderlichen Planungsleistungen zu erbringen, insbesondere auch die Ausführungsplanung für die Baubehelfe etc., soweit diese nicht ausdrücklich als vom AG geschuldet vorgegeben ist. Die Aufwendungen hierfür sind einzukalkulieren.

Der AN hat mit Übergabe eines jeden Plansatzes der Ausführungsunterlagen ein Leistungsverzeichnis mit den sich auf Basis dieser Planung ergebenden voraussichtlichen Ausführungsmengen (VA-Menge bzw. VAM) der betroffenen Gewerke des Vertragsleistungsverzeichnisses vorzulegen.

0.5.2 Vermessungstechnische Bestandsdokumentation

Die Grundlagen der vermessungstechnischen Bestandsdokumentation sind insbesondere in den Ril 804, 809, 883, 885 und 886 geregelt. Diese umfasst die Aktualisierung der Bahn-Geodaten mittels AVANI zur Erzeugung der lvi-Bestandspläne (Topographie und ggf. Gleisnetzdaten), die Lichtraumdokumentation, die Überprüfung des Festpunktfeldes und die Überarbeitung der Gleisnetzdaten sowie der Trassen- und Weichenhöhenpläne.

Vor Beginn der Dokumentationsleistungen ist der Umfang der vermessungstechnischen Arbeiten sowie das zu verwendende Lage- und Höhenbezugssystem mit dem Arbeitsgebiet Ingenieurvermessung des AG zwingend abzustimmen.

Gleisvermarkung:

Die Gleisvermarkung ist nach dem Umbau auf Vollständigkeit und Verwendungsfähigkeit zu überprüfen. Vom AN zerstörte oder beschädigte Punkte des übergebenen Festpunktfeldes sind zu ersetzen und nach den Kriterien der Ril 883.2000 / 883.3000 neu zu bestimmen. Die Kosten hierfür trägt der AN.

Festpunktfeld:

Die Lage- und Höhenfestpunkte sind nach dem Umbau auf Vollständigkeit und Verwendungsfähigkeit zu überprüfen. Vom AN zerstörte oder beschädigte Punkte sind gem. Ril 883.2000 auf Kosten des AN zu ersetzen und neu zu bestimmen.

Trassenplan:

Bei Änderungen an der Gleisgeometrie, Geschwindigkeiten, Gleisvermarkungspunkten oder Bauwerken sind neue Trassenpläne zu erstellen.

Gleisnetzdaten:

Bei Änderungen an der Gleisgeometrie (7-Linien Modell) oder an Gleisvermarkungspunkten sind die Gleisnetzdaten im Format Verm.esn (*.tra, *.gra, *.kf) zur gleisgeometrischen Prüfung und im GNDEdit-Format (*.mdb-Schnittstelle zu AVANI) zu liefern.

Topographie:

Es ist ein abschließender Feldvergleich durchzuführen. Veränderungen der Topographie, insbesondere der Signale, Bahnsteige, Schächte, Böschungen, Brücken, Durchlässe sind einzumessen und in AVANI im Abbildungssystem DB_REF einzuarbeiten (AVANI-Job). Diese Leistungen dürfen nur durch Ingenieurbüros mit AVANI-Zugang ausgeführt werden.

Lichtraumdaten:

Es ist eine Lichtraummessung für den erweiterten Lichtraum durchzuführen und das Ergebnis der Auswertung mittels definierter Schnittstelle an die Lichtraumdatenbank zur Aktualisierung zu übergeben. Die Grundlage für die Bestandsdokumentation von Lichtraumdaten bilden die Richtlinien 458, 809, 883 und 885. Informationen zum Themenbereich Lichtraum (u. a. Beschreibung der Schnittstelle) können auf folgender Seite abgerufen werden: <https://ipid.dbnetze.com/start>

0.5.3 Bauwerksdokumentation

Vom AN ist die Übereinstimmung der Bauausführung mit den bauaufsichtlich genehmigten Plänen schriftlich zu bestätigen.

- Als Bestandszeichnungen gelten Ausführungszeichnungen und Berechnungen, die entsprechend dem Prüf- und Genehmigungsverfahren und der Bauausführung berichtigt sind und als „Mit der Ausführung übereinstimmend“ durch AN und AG bzw. deren Vertreter erklärt sind.
- Darüber hinaus sind vom AN Übersichtspläne anzufertigen, die zu Bestandsübersichtsplänen gem. den oben genannten Vorschriften fortzuschreiben sind.
- Ein BÜ-Pass gem. Ril 815.8030 Tabelle 1 zu erstellen. Davon ausgenommen sind folgende Bestandteile des BÜ-Passes:
 - BÜ-Datenblatt
 - Berechnungsblätter
 - Befundblatt der BÜ-Inspektionen der letzten drei Jahre
 - Ergebnisprotokoll der letzten Verkehrszählung
 - Ergebnis der letzten Verkehrszählung
 - Angaben zur Dinglichen Sicherung

Die genannten Bestandteile sind dem BÜ-Pass nicht beizufügen und werden durch den AG bearbeitet.

(siehe Anlage 3.24.1 und 3.24.2 „Bestehender BÜ Pass – ZUR INFORMATION“).

- Im Bauwerk oder dem Baugrund ggf. verbleibende Baubehelfe und Bauteile sind in den Bestandsplänen darzustellen.
- Es ist eine Abstimmung mit dem Arbeitsgebiet IZ-Plan des AG durchzuführen.

0.5.4 Bauzeitenplan

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.2 der BVB:

Der durch den AN zu erstellende Bauzeitenplan ist dem AG 14 Kalendertage nach Zuschlagserteilung erstmals vorzulegen.

Der Bauzeitenplan muss mindestens folgende Angaben enthalten:

1. Vorgangsname
2. Vertragsbeginn (Datum)
3. Vertragsende (Datum)
4. Vertragliche Zwischentermine (Datum)
5. Reihenfolge der Leistungen (gem. BVB)
6. Dauer der einzelnen Leistungen
7. Darstellung technisch nachvollziehbarer Abhängigkeiten der vertraglichen Leistungen
8. Darstellung technisch nachvollziehbarer Abhängigkeiten mit den Leistungen anderer Unternehmer
9. Terminliche Darstellung, wann welche Bereiche der Baustelle nach den Erfordernissen des Bauablaufes vom AN zur Ausführung benötigt werden, erforderlichenfalls mit Terminen der vorgesehenen auftraggeberseitigen Herstellung der Kampfmittelfreiheit je Bereich
10. Sperrpausen sind zuzuordnen und technologisch detailliert darzustellen (Raster 0,5 Stunden)
11. Tägliche Arbeitszeit (Std./AT)
12. Anzahl Schichten pro Arbeitstag (im Notizfeld)
13. Kapazitäten Hinterlegung (im Notizenfeld oder Nutzung der Ressourcenplanung)
14. Detaillierte Angaben über den Ablauf gemäß den Einzelabschnitten des LV
15. Berücksichtigung betrieblicher Vorgaben sind darzustellen (technisch)

- nachvollziehbar)
16. Logistik ist technisch nachvollziehbar darzustellen
 17. Abnahmezeiten sind zu berücksichtigen und auszuweisen
 18. Zeiten für Baustelleneinrichtung und Räumung sind auszuweisen (gem. BVB)
 19. Der Planlauf ist gem. den vertraglichen Regelungen auszuweisen und mit ausreichend Vorlauf zu berücksichtigen
 20. Leistungsstand (im Feld „% abgeschlossen“)
 21. Geplanter Mittelabflussplan der Vertragsleistung - zeitlich (monatlich) in der Gewerkestruktur des Leistungsverzeichnisses dargestellt

Der AN hat den Bauzeitenplan während der Vertragslaufzeit wöchentlich zu aktualisieren (Soll-Ist-Vergleich) und dem AG zu übergeben.

Der Bauzeitenplan ist als Weg-Zeit-Diagramm und als GANTT-Diagramm zu erstellen. Die Unterlagen sind in digitaler Form zu liefern.

0.6 Baubeschreibung

0.6.1 Oberbau

Damit bei der Wiederherstellung der Schutz- und Tragschichten unterhalb des Oberbaus im Rahmen der Erdarbeiten bei der Herstellung von offenen Gleisquerungen eine ordnungsgemäße, lagenweise Verdichtung gewährleistet wird, sind die Schwellen zu verschlagen bzw. auszubauen und anschließend wieder einzubauen. Ein Arbeiten unterhalb eingebauter Schwellen ist nicht zulässig. Bei der Herstellung der offenen Gleisquerungen ist zudem im Bereich der auszuführenden Erdarbeiten ein neuer Randweg herzustellen.

Arbeiten der AN's Vergabelos 1 – BÜ Landmühle km 3,896:

Im Bereich des Bahnübergangsbelages sowie jeweils an 10 Schwellen davor und dahinter sind die vorhandenen Kleineisen durch verzinkte Kleineisen zu ersetzen. Die bestehenden Kleineisen sind zurückzubauen, zu transportieren, auf der Bereitstellungsfläche abzuladen und zwischenzulagern. Die neuen, verzinkten Kleineisen sind herzustellen und kraftschlüssig, fachgerecht mit der Schiene zu verspannen. Die Leistungen hierfür sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Bei einem Eingriff in den Oberbau, sind die im LV angegebenen Stopfleistungen auf einer Länge von jeweils 30 m im Übergangsbereich zum Bestand vor und hinter den Oberbauarbeiten herzustellen.

Arbeiten der AN's Vergabelos 2 – BÜ Innwerk km 6,210:

Im Rahmen der vom AN umzusetzenden Oberbauerneuerungen sind die Kleineisen als verzinkte Version jeweils 10 Schwellen vor, unter und hinter dem BÜ-Belag herzustellen. Die Leistungen hierfür sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Bei einem Eingriff in den Oberbau, sind die im LV angegebenen Stopfleistungen auf einer Länge von jeweils 56 m im Übergangsbereich zum Bestand vor und hinter den Oberbauarbeiten herzustellen.

0.6.2 Erläuterung zum Vertragstermin

Für die im Bauvertrag genannten Vertragstermine der Vorleistungen des AN für die Leistungserbringung des AN_{BÜSA} hat der AN folgende Leistungen fertigzustellen:

- Herstellung sämtlicher Kabelführungssysteme, insbesondere die Straßen- und Gleisquerungen, die Kabeltröge, die Kabelaufbauschächte und die flexiblen Kunststoffrohre
- Herstellung der Durchgängigkeit bestehender Kabelführungssysteme
- Verlegung sämtlicher Kabel
- Herstellung aller Fundamente für Überwachungssignale, Lichtzeichen, Schrankenantriebe und Betonschaltheus
- Fertigstellung 50 Hz Stromversorgung

0.6.3 Tiefbau

Bei der Herstellung der Spannbetonpfosten für die Befestigung von Taster des AN_{BÜSA} hat der AN ein UV beständiges PE-HD-Rohr DN 30 mm an der gleiszugewandten Seite des Pfostens herzustellen und an diesen zu befestigen. Das PE-HD-Rohr DN 30 mm ist wasserdicht und sanddicht an den nächstgelegenen Kabelaufbauschacht einzuführen, welches für die Kabelanbindung des Tasters erforderlich ist. Die vorbenannten Leistungen sind einzukalkulieren und nicht gesondert zu vergüten.

Randweg ist bei Gleisquerungen in offener Bauweise neu herzustellen.

Arbeiten der AN's Vergabelos 1 – BÜ Landmühle km 3,896:

Im Bereich von Bahn-km 3,958 bis Bahn-km 3,990 bahnrechts ist eine Randwegkonstruktion mit 40 cm Ausfachung gem. Ril 836.4304 herzustellen.

Im Bereich von Bahn-km 4,029 bis Bahn-km 4,218 bahnrechts ist eine Randwegkonstruktion mit 60 cm Ausfachung gem. Ril 836.4304 herzustellen.

Randweg ist im Bereich der Randwegkonstruktionen neu herzustellen.

0.6.4 Kabeltiefbau

Bei der Herstellung der Betontröge sind gem. DBS 918 065 bzw. gem. Ril 859.2101 dementsprechend Kabeltrogdeckel mit eingelassener Aushebevorrichtung zu verwenden. Zusätzlich zu den in Ril 859.2101 benannten Regelungen zur Herstellung von Aushebevorrichtungen bei Kabeltrogdeckeln mit innenliegender Falz auf der freien Strecke und in Bahnhofsbereichen sind darüber hinaus zusätzlich bei nachfolgenden Situationen Aushebevorrichtungen bei Kabeltrogdeckeln mit innenliegender Falz zu verwenden:

- Bei allen Trogelementen, wo Kabel mit Kabelbezeichnungsschlaufen versehen werden
- Bei allen Kabel- oder Schutzrohranschlüssen aus Betontrögen
- Vor- und hinter Schachtanschlussbausätzen von Kabelschächten
- An allen Stellen, wo Entwässerungsöffnungen im Boden des Troges eingebaut werden

Die Leistungen für den Einbau der vorbenannten, zusätzlichen Aushebevorrichtungen sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

0.6.5 Erdung

Der AN hat den Tiefenerder zur HAPAS herzustellen. Alle anderen Tiefenerder gem. Anlage 3.3 sind vom AN_{BÜSA} herzustellen.